libertäres
Monatsheft
aus Leipzig

Feierabend!

Dezember-Januar 2008/09

Gott ist tot, es lebe die Kirche!?

Über das „Paulinum“, eine Glaswand und den Leipziger Kulturkampf

Die Debatte um den Universitätsneubau schien längst vorbei. Doch im August diesen Jahres loderte der Kulturkampf im Gewand des sogenannten Glaswandstreits von Leipzig wieder auf. Das Corpus Delicti ist eine Plexiglaswand im „Paulinum“, der zukünftigen Aula des Neubaus im Zentrum von Leipzig. Sie soll die spezielle Klimatisierung des Andachtsraums gewährleisten, wo Epitaphe (Grabdenkmal), die alte Kanzel und Altar stehen sollen. Aber Christian Wolff, Pfarrer der Thomaskirche, sieht darin ein weiteres Indiz für den Verfall des Abendlandes. Hierin äußere sich die „Angst vor einem kritisch-heiligen Geist, ohne den wir Menschen verrohen“(*).

Was will der da eigentlich? Wie kommt es zu solchen Auswüchsen christlichen Selbstbewusstseins? Was hat Plexiglas mit „ethischem Analphabetismus“ zu tun, was Wissenschaft mit Glaube? Und gibt es einen Zusammenhang zwischen der theologischen Fakultät und freier Wissenschaft? Fangen wir am Anfang an.

Fortsetzung auf Seite 2f …

Endlich Bargeld!

Eine kleine Geschichte der Ausgrenzung

Ab Januar 2009 wird es für alle in Leipzig lebenden Asylsuchenden endlich Bargeld anstatt der bislang zu größten Teilen ausgegebenen Lebensmittelpakete geben. „Jeder Asylbewerber kann künftig selbst entscheiden, was er wann und wo im Rahmen seiner Grundversorgung einkauft. Das bedeutet mehr Selbstbestimmung und ein Plus an Lebensqualität für die Leistungsberechtigten“, gibt sich Bürgermeister Thomas Fabian in der Pressemitteilung der Stadt vom 8. Oktober ganz human. Tatsächlich stellt dies auf jeden Fall eine Verbesserung der Lebensverhältnisse dar. Bisher mussten Flüchtlinge, die weniger als drei Jahre in Deutschland leben und Menschen mit „Duldungsstatus“(1), aus einem Katalog mit einem sehr geringen Angebot und zu eher gehobenen Preisen bestellen. Oft kamen nicht die bestellten Lebensmittel mit, oder es waren bereits verdorbene Waren in den Paketen. Doch wie kam es zu dieser Entscheidung der Stadt? Warum dauerte es über ein Jahr, bis sich auch Leipzig dazu durchrang?

Fortsetzung auf Seite 4f …

Kommentar

Wider den Mythos vom Heiligen Staate

Das Erschreckendste an der derzeit grassierenden Finanzkrise ist nicht der Verlust virtueller Werte, ohne die wohl schon länger alle Volkswirtschaften rund um den Globus stagnieren würden, auch nicht das naive Gerede vom Ende des Kapitalismus, obwohl sich an den Eigentumsverhältnissen im Wesentlichen rein gar nichts verändert hat – erschreckend ist vor allem dieser um sich greifende Glaube an den Heiligen Staate, der da kömmt, um uns alle zu erretten. Dabei ist doch offensichtlich, dass jener Retter in der Not selbst zu den Akteuren gezählt werden muss, die die aktuelle Krise erst verursacht haben. Als wären „Privatisierung“ und „Liberalisierung“ der Märkte Allheilmittel gegen den asozialen Kapitalismus. Ganz umgekehrt heizen sie ihn nur weiter an. Statt die Warenpaletten zu verbreitern, die Innovation voranzutreiben und die Preise sinken zu lassen, fällt es Großinvestoren um so leichter, „privatisierte“ und „liberalisierte“ Märkte zu destabilisieren und zu monopolisieren. Denn in Zeiten von Marktbereinigungen, wie sie derzeit stattfinden, setzen sich nicht nur die Finanzstärksten durch, auch alternative Innovationen und weniger kapitalistisch orientierte Unternehmungen werden einfach verdrängt. Zwar verfallen in solchen Krisen kurzfristig auch die Preise, weil ein Überangebot bereits produzierter Güter entsteht, langfristig jedoch steigen die Preise höher als zuvor, da sie nun von den wenigen verbliebenen Marktakteuren um so ungehemmter diktiert werden können. Neu ist das alles nicht. Die krisenhafte Entwicklung kapitalistisch organisierter Märkte wurde vielfach untersucht. Sie ist eben kein ausschaltbares Beiwerk eines optimalen Systems, nein, diese Krisen sind der systemrelevante Teil, der gern ausgeblendet wird, um sich um so naiver das kapitalistische Wirtschaften als funktionierend vorgaukeln zu können. Zynisch wird es, wenn dann als schlimmstes Ausmaß der Vertrauensverlust der Großkapitalisten untereinander beklagt wird, während Milliarden von Menschen durch ihre Abhängigkeit von stabilen Märkten in noch tieferes Elend stürzen. Ganz so, als wäre in der kapitalistischen Konkurrenz das Vertrauen der höchste Wert und nicht der Mehrwert der Produktion, als könne Vertrauen allein den Hunger stillen und alle Bedürfnisse befriedigen. Nein, neu ist dieses Latein für die Massen nicht. Neu ist höchstens die Ohnmacht und Schlaffheit der Gedanken, die sich dieser Litanei von oben, von den Kanzeln und Führungsetagen dieser Welt, entgegen stellt. Nein, wir brauchen keine allgegenwärtige Bevormundung, keinen starken Staat, der sich mit Regeln vollfrisst, bis er kotzen muss. Das was wir brauchen, ist individuelle und kollektive Selbstermächtigung, damit wir den kapitalistischen Zumutungen nicht schutzlos ausgeliefert sind. (clov)

intro

Da haben wir nun den Entschluss gefasst, regelmäßig, also pünktlich zur Mitte jedes zweiten Monats zu erscheinen. Nicht bedacht haben wir allerdings, wie schnell 61 Tage verfliegen können. Trotz kleiner Verzögerung sind wir letztlich zufrieden: Die #31 ist zwar wieder etwas dünner, aber dafür fast pünktlich erschienen, und das trotz oder besser wegen schlaflosen Nächten mit einer mehrfach belasteten Redaktion.

Die Jubiläumsausgabe #30 ist vielerorts bereits vergriffen, aber ihr könnt noch einige *Geräusche aus dem Postfordismus* von der beigelegten CD beim *Liberterz* an unserem *Feierabend!*-Stand erhaschen. Wir würden uns freuen, wenn der ein oder die andere LeserIn zum Plauschen auftaucht. Bei der Gelegenheit könnte mensch uns auch einen Leserbrief, eine Idee für ein kontroverses Pro&Contra oder sonstwelche Pamphlete in die Hand drükken.

Zum Inhalt der #31 an dieser Stelle nur soviel: Es gibt wieder ein wenig mehr Theorie als zuletzt. Aber keine Sorge, die Praxis haben wir durchaus im Blick.

Das Projekt, das wir in diesem Jahr noch weitertreiben wollen, ist unsere Internetpräsenz. Neben der Archivierung alter Ausgaben planen wir u.a. auch ein Forum, um unsere Kommunikation zur LeserInnenschaft weiter zu verbessern.

Bleibt noch unsere Verkaufstelle des Monats – die Infobude in der *G16* – zu erwähnen. Diese hatte uns gleich mal 50 Exemplare der letzten Ausgabe abgenommen. Wir hoffen, das war kein Risikogeschäft ;o)

In diesem Sinne viel Vergnügen beim Schmökern – Euer ***Feierabend!***

Gott ist tot, es lebe die Kirche!?

Über das „Paulinum“, eine Glaswand und den Leipziger Kulturkampf

(...) Am 30. Mai 1968 wurde die mittelalterliche Universitätskirche „St. Pauli“ auf Geheiß der DDR-Regierung gesprengt. Der sozialistische Staat hatte keinen Platz für eine zweite Weltanschauung neben der eigenen. Die Bürger der Stadt waren geschockt. Proteste gegen diesen staatlichen Machtbeweis führten zu Verhaftungen. Die Leitung der 1953 nach Karl Marx umbenannten Universität ging mit den Neubauplänen konform und stimmte letztendlich, ebenso wie die Stadtverordnetenversammlung Leipzigs der Sprengung zu.

Auf dem freigewordenen Gelände wurde von 1972 bis 1975 die neue Universität erbaut, deren moderne Architektur den Fortschritt des Sozialismus demonstrieren und den marxistisch-leninistischen Lehren würdige Räume bieten sollte. Ausdruck davon war das Marx-Relief an der Fassade, das mit dem Abriss des Hauptgebäudes 2006 zunächst eingelagert wurde und nach einigen Debatten auf dem Campus in der Jahnallee seinen Alterswohnsitz erhielt.

1989 leitete die sogenannte Friedliche Revolution den Umsturz des DDR-Systems ein. Die Demonstrationen in Leipzig, die u.a. von der Nikolaikirche ausgingen, setzten einen positiven Meilenstein in der Geschichte der Stadt. Die Universität erhielt einen ideologiefreien Namen, die alten Lehrkräfte wurden entlassen und das Pflichtfach Marxismus-Leninismus abgeschafft. Die Spuren der Zeit hatten sich jedoch in den Bau eingegraben: zerbrochene Bodenplatten auf dem Innenhof, die Taubenpopulation in den Zwischengängen, vergilbte Außenverkleidung... Bald machte man sich also Gedanken über einen Neubau des Innenstadtcampus. Die Leipziger Bürgerschaft nahm rege Anteil an der Diskussion darum, welche äußere Form der Bedeutung des Ortes gerecht würde.

Um die eigenen Interessen gegen den Planungsbeirat des Neubaus, also den Bauherrn, die Sächsische Staatsregierung, die Universität und die Stadt Leipzig zu vertreten, gründeten BürgerInnen 1992 den „Paulinerverein“. Sie forderten einen originalgetreuen Wiederaufbau der Universitätskirche „St. Pauli“. Denn nur so könne ein Zeichen gesetzt werden, das die Greueltat von 1968, wenn nicht ungeschehen macht, dann doch wenigstens zeigt, wer hier der Sieger der Geschichte ist.

Eine erste Ausschreibung führte nicht zum Erfolg. Der Entwurf des Architekturbüros „behet + bondzio/Münster“ erhielt im Mai 2002 lediglich den zweiten Platz, da die Jury der Meinung war, dass die Fassade, nicht der historischen Bedeutung des Ortes gerecht würde. Man wollte sowohl eine zeitgemäße Gestaltung, als auch angemessen an die Universitätskirche erinnern.

An diesem Punkt entflammte die schwelende Debatte um den Wiederaufbau erneut. Im Juli 2001 forderten 28 Nobelpreisträger und weitere Prominente aus aller Welt, die Rekonstruktion der alten Universitätskirche Sankt Pauli zur Voraussetzung für die zweite Ausschreibung zu machen. Die Kirchenbefürworter beschwerten sich über zu wenig Mitspracherecht und fanden dabei auch die Unterstützung des damaligen Wissenschaftsministers Matthias Rößler. Im zweiten Wettbewerb erhielt der Entwurf des Rotterdamer Büros „van Egeraat“ den Zuschlag für die Gebäude hin zum Augustusplatz, dessen Realisierung wir heute im Rohbau bereits erahnen können. Abgesehen von der üblichen Fehlplanung bezüglich Bauzeit und Kostenvoranschlag, schien alles in den vereinbarten Bahnen zu laufen.

termine

20.12.2008 - Ball der gescheiterten Existenzen
Paaaaaaaaaaaaarty!
Gießerstr. 16, Leipzig **ab 21 Uhr**

14.01.2008 - Das Wir und das wAndern
Vortrag über Migration und die Konstruktion kollektiver Identitäten
Moritzbastei, Leipzig **ab 19 Uhr**

06.12.2008 - Der Subjektive Faktor
politisches Off-Theater aus Leipzig
Spinnwerk, Halle 18, Spinnereistr. 7, Leipzig **ab 19 Uhr**

29.11.2008 - LIBERTERZ 2008
Benefiz für libertäre Projekte in Leipzig mit Workshops, Theater, Bands, DJ u.v.m.
Gießerstraße 16, Leipzig **ab 11 Uhr**

Das „Paulinum“, die Aula der neuen Universität, sollte für eine Dreifachnutzung – akademisch, musikalisch, kirchlich – offen stehen. Doch an der Innengestaltung entbrannte im Spätsommer 2008 erneut eine Debatte. Die geplante Plexiglaswand, die der Klimatisierung des Andachtsraumes und damit dem Schutz der historischen Kulturgegenstände dienen soll, interpretiert Pfarrer Wolff als „antichristlichen Schutzwall“. Wie sonst ist es zu verstehen, wenn er in der *Zeit* schreibt: „1989 fiel in Berlin die Mauer. Doch in Leipzig wird ein neuer Schutzwall errichtet“(*). Ob da demnächst auch der Schießbefehl nachgereicht wird? Möglich wäre es, denn die Installation von Glaswänden, so Wolff, führt notwendig in die Barbarei: „Wer eine Trennung zwischen Glauben und Vernunft propagiert, sollte bedenken, dass die Zerstörung von Synagogen, Kirchen und Moscheen immer Ausdruck der Verkommenheit einer Gesellschaft ist. Das war 1938, das war 1968 so“. Als wäre das Dritte Reich ein Ausdruck übergroßer Vernunft gewesen...

Das heißt nichts anderes, als dass eine Universität, die einem Programm kritischen Denkens anstatt dem Wertekanons des christlichen Glaubens folgt, jeder menschenfeindlichen Ideologie die Tore öffnet. Da muss mensch sich doch fragen, wie die Menschheit die humanistische Aufklärung überleben konnte. Zudem zeugt die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Realsozialismus, die Wolff vornimmt, nicht eben von Sachkenntnis. Jedem Schüler der achten Klasse dürfte klar sein, dass es grundlegende Unterschiede zwischen den Ausprägungen von Zerstörung, Verfolgung und Wertvorstellungen gab.

Den Fakt, dass die Universität nicht gewillt war, eine Kopie der Universitätskirche „St. Pauli“ wieder zu errichten, versteht Wolff als Gutheißung der Sprengung von 1968. Von dieser unterstellten Geschichtsvergessenheit der Universität ausgehend, unternimmt er eine Attacke auf die Wissenschaft als Ganzes. Deren Meinungslosigkeit, bzw. Wertfreiheit, die fehlende Anbindung an die christliche Ethik, münde in einen Zustand des „ethischen Analphabetismus“.

Hier offenbart sich ein bedauerliches Verständnis von Wissenschaft, nach dem die Trennung von Glauben und Vernunft unmöglich ist, da nur deren Verbindung den ethisch-moralischen Unterbau für Bildung und Wissenschaft liefern könne. Denn, so Wolff, „worauf wir in der Bildung nicht verzichten können“, sei „die letzte Verantwortung vor Gott in der Offenheit des wissenschaftlichen Diskurses“.

Es lässt sich nur vermuten, dass dieses ideologische Gerangel seinen Ursprung in einem Ohnmachtgefühl hat, das aus der (durchaus berechtigten) Annahme resultiert, die eigenen Ansichten wären nicht genug in der Gesellschaft repräsentiert. Betrachtet man jedoch die Anzahl evangelischer Kirchen, speziell in der Innenstadt und den Anteil Gläubiger Christen an der Stadtbevölkerung, so läßt sich die Forderung, den Neubau als Kirche zu betiteln, nur als reine Gier verstehen. Allein im Zentrum gibt es bereits 7 und im gesamten Stadtgebiet 38. Im Vergleich dazu kann die katholische Kirche nur mit 9 aufwarten.

Der Pfarrer steht nicht allein mit seiner verkorksten Meinung da. Während er aus Glaubensgründen für den Wiederaufbau plädierte, meinen andere, es ihrer Geschichte schuldig zu sein, den Zustand vor 1968 wieder herzustellen. Der Trompeter Ludwig Güttler etwa verspricht sich vom Wiederaufbau eine Katharsis für die verletzten „Gefühle der Menschen, die seit der Sprengung der Leipziger Universitätskirche 1968 darunter litten“ (DDP-Meldung 07.10.08).

Auch die Theologische Fakultät gibt Wolff Deckung. Ihre studentische Sprecherin Tina Binder hält es für unmöglich, Glaube und Wissenschaft zu trennen. Mit Glaube ist speziell der christliche gemeint und die Offenheit reicht auch nur bis zur Überkonfessionalität. Man wäre bereit, auch der katholischen Gemeinde die Räume zu öffnen. Aber die interreligiöse Nutzung, die der StuRa für den Andachtsraum in der Aula angedacht hat, wird von ihr ausgeschlossen. Begründet wird dies mit der christlichen Tradition der alten Universitätskirche.

Am Reformationstag veranstalteten die GlaswandgegnerInnen eine Aktion, bei der sie ganz in der Tradition Luthers fünf Thesen an dem Bauzaun vor dem „Paulinum“ in Form eines überdimensionalen Transparentes befestigten: Die Aula soll zur Kirche werden, die Glaswand soll weg, damit Glaube und Wissenschaft sich begegnen können. Auch die Reden zum sogenannten Thesenanschlag brachten nichts Neues, Unmutsbekundungen wurden als Störaktion und Mißbrauch von freier Meinungsäußerung verstanden. Die Überzeugung, die richtige Meinung zu haben, ist an sich nicht verkehrt, wenn man denn in der Lage ist, sie vernünftig zu begründen. Bis dahin ist es aber bei diesen nostalgischen Geschichtsfans mit Sprengtrauma noch ein verdammt weiter Weg....

(wanst)

(*) Alle unmarkierten Zitate stammen aus Christian Wolff's Artikel „Wie die Leipziger Universität sich gegen Kirche und kritischen Geist sträubt“ in *Die Zeit* Nr. 42, 09.10.08.

Feierabend! ist ein unkommerzielles Zeitungsprojekt mit dem Ziel der Verbreitung libertärer, antiautoritärer & emanzipatorischer Ideen, der Darstellung von Sachverhalten, die in der kommerziellen Presse oft unzureichend, verzerrt oder gar nicht erwähnt werden, sowie der Beleuchtung von Themen, die uns interessant und wichtig erscheinen. Der Verkaufspreis von derzeit einem Euro dient einzig dem Begleichen der Kosten zur Erstellung des Heftes. Alle inhaltlich an der Erstellung des Heftes Beteiligten arbeiten als ÜberzeugungstäterInnen ohne Bezahlung.

Eigentumsvorbehalt: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist *Feierabend!* solange Eigentum des Absenders bis er der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird *Feierabend!* der/m Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist er dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird *Feierabend!* der/m Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichaushändigung zurückzusenden.

Endlich Bargeld!

Eine kleine Geschichte der Ausgrenzung

(...) „Das Sachleistungsprinzip ist eine gewollte Einschränkung in der freien Gestaltung des Lebens. [Es] hat unter anderem, aber auch wesentlich den Zweck, dass kein besonderer Anreiz geschaffen werden soll, hier einzureisen und einen Asylantrag zu stellen, der keine Chance auf Erfolg hat“(2), so klar formuliert Reinhard Boos (Referatsleiter für Ausländer- und Asylangelegenheiten im Sächsischen Innenministerium), mit welchen politischen Intentionen Bargeldauszahlungen an AsylbewerberInnen verweigert werden. Der rechtliche Hintergrund für die Versorgung durch Kataloge oder Pakete ist das bundesweit geltende Asylbewerberleistungsgesetz, nach welchem AsylbewerberInnen lediglich Leistungen unter dem Existenzminimum zustehen – in der Regel in Form von Sachleistungen. Über die Art der Umsetzung dieser Vorgabe entscheidet jedoch die zuständige Behörde vor Ort (Bezirksamt, Sozialbehörde): Sachleistungen haben dabei Vorrang vor Bargeld. Das Sächsische Innenministerium legt das Gesetz jedoch sehr strikt aus und genehmigte den entsprechenden Behörden nur Versorgungsmodelle nach dem Sachleistungsprinzip. 2002 kam es deswegen in und um Leipzig zu zahlreichen Protesten und (Hunger)-Streiks von Seiten der Flüchtlinge. Dabei verweigerten sie die Annahme von Fresspaketen und Taschengeld, organisierten Straßenblockaden und Demonstrationen. In Taucha wurde gar der Heimleiter für mehrere Stunden ausgesperrt. (3) Die Flüchtlinge organisierten sich selbst und heimübergreifend, auf Netzwerktreffen wurden gemeinsame Forderungen erarbeitet, die nicht bei der Forderung „Geld statt Sachleistungen“ Halt machten, sondern an erster Stelle Arbeitsverbot und Residenzpflicht sowie die schlechten Lebensbedingungen in den Heimen anprangerten. Aufgrund dieses Drucks wollte die Stadt Leipzig zum Teil auf Bargeldzahlungen umsteigen. Dem wurde jedoch vom sächsischen Innenministerium und seinem ausführendem Organ, dem Regierungspräsidium, ein Riegel vorgeschoben: Sie beharrten auf dem Sachleistungsprinzip und kündigten an, Leipzig müsse ansonsten selbst die Leistungen bezahlen.

Die Stadt Leipzig gab kleinbei. Nach langen Verhandlungen und zahlreichen Gesprächen vor allem mit dem Sächsischen Flüchtlingsrat kam es vor etwa einem Jahr endlich zu einer Veränderung der Lage. In einem „Erlass vom 21. November 2007 weist das Sächsische Staatsministerium des Inneren darauf hin, dass die Entscheidung, ob Bargeld zur Deckung der Grundleistungen nach §3 AsylbLG gewährt werden kann, der jeweiligen unteren Unterbringungsbehörde eigenständig, nach Prüfung der Sach- und Rechtslage, obliegt“(4), d.h. alle Kreise und kreisfreien Städte in Sachsen können nun ohne Beantragung beim Innenministerium die Art der Versorgung frei wählen und auch Bargeld in Betracht ziehen. Sie müssen bei Bargeldzahlung jedoch nachweisen, dass keine andere Art der Versorgung möglich ist (z.B. wenn die Verwaltungsbehörde zu wenig Mitarbeiter hat). Seit September 2007 stellten viele Kommunen in Sachsen auf Bargeld um, darunter Kamenz, Bautzen, Zwickau, Chemnitz, der Landkreis Sächsische Schweiz und nun auch Leipzig. Vermutlich signalisierte auch das Modellprojekt in Dresden, nachdem dort lebende Asylsuchende bereits seit Dezember 2006 Bargeld bekommen, dass ein solcher Schritt möglich ist. Eigentlich wollte die Stadt Leipzig ab 2008 Chipkarten einführen, was aber erfreulicherweise daran scheiterte, dass sich kein Chipkartenanbieter gefunden hat. (siehe FA! #28)

Trotz aller Freude über diesen Schritt sollte allerdings nicht verschwiegen werden, dass diese Entwicklung auch darauf beruht, dass die Zahl der Flüchtlinge seit Jahren stetig zurückgeht. (5) Die Gründe hierfür liegen in der sehr restriktiven Asylgesetzgebung und -handhabung Deutschlands und generell der EU, die mit der Militarisierung der Außengrenzen und Abkommen wie der Dublin Convention (6) die Migration nach Europa erschweren und die Menschen nach ihrer vermeint-

Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Das AsylbLG wurde 1992 im Rahmen des sogenannten Asylkompromisses von CDU/FDP und SPD (Stichwort: Abschaffung des Grundrechts auf Asyl) verabschiedet und regelt die Versorgung von AsylbewerberInnen. Neben einer minimierten Gesundheitsversorgung, die nur Notfälle abdeckt und der (Zwangs-)Unterbringung in sogenannten Gemeinschaftsunterkünften, ist in ihm die Absenkung der Leistungen für AsylbewerberInnen auf ca. 20% unter Sozialhilfeniveau (d.h. unter dem Existenzminimum) festgeschrieben. Zentral ist außerdem die Verankerung des Sachleistungsprinzips im § 3 AsylbLG:

(1) „Der notwendige Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts wird durch Sachleistungen gedeckt.“

(2) „Bei einer Unterbringung außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen im Sinne des § 44 des Asylverfahrensgesetzes können, soweit es nach denUmständen erforderlich ist, anstelle von vorrangig zu gewährenden Sachleistungen nach Absatz 1 Satz 1 Leistungen in Form von Wertgutscheinen, von anderen vergleichbaren unbaren Abrechnungen oder von Geldleistungen im gleichen Wert gewährt werden.“

Die Formulierung der „besonderen Umstände“ lässt jedoch durchaus Spielräume zu und wird von den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich ausgelegt. In den meisten Bundesländern wird inzwischen überwiegend Bargeld ausgezahlt, in anderen gibt es teilweise noch Gutscheine oder Chipkarten. Sachsen ist neben Bayern und Baden-Württemberg das Bundesland, wo das AsylbLG besonders streng ausgelegt wird.

lichen wirtschaftlichen Nutzbarkeit selektieren. Daran gemessen scheint das Sachleistungsprinzip als Kontroll- und Abschreckungsinstrument nicht mehr so relevant, vor allem angesichts der Mehrkosten.

Doch die Lage für bereits hier lebende Asylsuchende bleibt weiterhin prekär. Die Anerkennungsraten sind sehr niedrig (7), die Gefahr einer drohenden Abschiebung für viele Menschen immer gegeben. Neben Lagerzwang und Arbeitsverbot besteht die Residenzpflicht, welche die Menschen zwingt, in ihren zugeteilten Städten oder Landkreisen zu bleiben und diese nur im Einzelfall mit im Voraus zu beantragenden „Urlaubsscheinen“ verlassen zu dürfen. Dieses Gesetz ist bisher einmalig in der EU. Allerdings ist die Bundesregierung bestrebt, die Residenzpflicht EU-weit einzuführen, da sie sich damit im Raum des Schengen-Abkommens verbesserte Kontrolle für alle Mitgliedsstaaten verspricht. Das zeigt, dass es trotz solcher Teilerfolge wie Bargeld statt Sachleistungen um die konkreten Lebensbedingungen der Flüchtlinge in Europa schlecht bestellt ist und das Thema nicht aus dem Fokus geraten darf. Dafür setzen sich in Leipzig heute schon z.B. die neu entstandene Gruppe *LExil* und die Initiative Flüchtlingsheim Grünau, die wir an dieser Stelle bald vorstellen werden, ein.

(else)

(1) D.h. abgelehnter Asylantrag und ausreisepflichtig, eine Abschiebung kann jedoch aus humanitären Gründen nicht erfolgen.
(2) Zitat aus der Sendung „Was lange währt, wird auch nicht gut“ am 15.3.2006 auf coloRadio Dresden.
(3) Nachzulesen in der Spezial-Themenbroschüre „Ver-Flucht – Flüchtlinge in Leipzig“, herausgegeben 2002 von Klarofix und Kahina.
(4) Auszug aus dem Newsletter der Sächsischen Ausländerbeauftragten vom 01.10.2007
(5) In Leipzig hat sich die Zahl der Asylsuchenden in den letzten 6 Jahren deutlich mehr als halbiert, von 1.852 in 2002 auf 741 im August diesen Jahres.
(6) Faktisch die Drittstaatenregelung auf europäisch: „Nicht derjenige [Staat soll] für die Prüfung eines Asylantrages zuständig sein, in den der Asylsuchende einen Antrag stellt, sondern derjenige, in dem er die Außengrenze überschritt, ein Familienangehöriger Asyl erhalten hat oder aber, für den ihm eine Aufenthaltserlaubnis oder ein Visum erteilt wurde.“ (Wikipedia).
(7) 2007 lag sie bei 0,8%

Die kleine praktische Solidarität

Eine Nachbetrachtung der Umtauschinitiative

„Geld ist geprägte Freiheit“ – dies meint nicht in erster Linie, endlich aus dem breiten Sortiment eines beliebigen Supermarktes die „Lebensmittel des täglichen Bedarfs“ – so im Beamtendeutsch – auswählen zu können. Viel wichtiger erscheint, Geld überhaupt zur freien Verfügung zu haben: zum Telefonieren und für Bücher, für Straßenbahn, Zigaretten, Kinobesuch oder was sonst im Leben selbstverständlich sein sollte. Doch für all das reichen wohl kaum die 10-40 Euro „Taschengeld“ im Monat, die den hier lebenden Asylsuchenden für sogenannte „Luxusgüter“ ausgezahlt werden; vor allem wenn AnwältInnen bezahlt werden müssen, denn rechtlicher Beistand ist für das Asylverfahren oft dringend benötigt. Um dagegen vorzugehen, entstand vor inzwischen knapp drei Jahren die Umtauschinitiative *anders einkaufen* (s. FA! #22), die es sich auf die (nicht vorhandenen) Fahnen geschrieben hatte, die Lage von Asylsuchenden zu verbessern und die Auswirkungen der staatlichen Repressionen des Sachleistungsprinzips zu mildern. Eine Person der Initiative erzählt: „Angefangen hat alles mit der konkreten Frage eines Freundes, ob wir nicht einen Teil seines Essen haben wollen, und ihm dafür etwas Geld geben, denn das war für ihn – mit gerade mal 40 Euro Taschengeld im Monat – immer mehr als knapp, klar. Das klappte, na und da lag die Überlegung nah, daraus ein eigenes kleines Projekt zu machen, wie man es auch schon von anderen Städten gehört hatte.“ Setzte man sich anfangs noch im kleinen Kreis über einen knitterigen Bestellkatalog der damaligen Versorgungsfirma „Kühlhaus Wüstenbrand“ und sorgte eher privat für gefüllte Speisekammern, so nahm das Projekt bald professionellere Formen an. Eine Internetseite mit mittlerweile digitalisiertem Katalog, vielen Links und Hintergrundinfos sollte mehr Menschen auf das Projekt aufmerksam machen und zum Mitmachen animieren, und bei VoKüs wie „Essen aus der Kiste“ wurde Getauschtes in großer Form verbraten. Neben der Bestellmöglichkeit per Email konnte man bald auch durch Kontaktkästen im *Eine-Welt-Laden*, in der *Libelle* und im *Umsonstladen* der *G16* der Umtauschini schreiben und auf Zetteln Lebensmittel „ordern“. Wenn genügend Bestellungen zusammenkamen, also etwa einmal pro Woche, fuhren Aktive der Initiative gemeinsam ins Heim in Grünau, verteilten die abgegebenen Bestellungen auf die verschiedenen Familien, mit denen im Laufe der Zeit Kontakt aufgenommen wurde, überließen ihnen das Bargeld und holten die inzwischen eingetroffenen Lebensmittelpakete der Vorwoche ab. Doch die Umsetzung war nicht immer einfach: Durch die schwankende Nachfrage auf Seiten der Menschen außerhalb des Heimes konnten die Flüchtlinge nie fest mit Bargeld rechnen. Es gab Zeiten, in denen mit vielen Wunschzetteln und Geld ins Heim gefahren werden konnte und manchmal Zeiten, in denen alle Bestellkästen leer waren – vielleicht, weil es dann doch bequemer (und oft auch billiger) ist, einfach spontan im nächsten Supermarkt einkaufen zu gehen. Allerdings bekamen diejenigen, die sich auf einen Tausch einließen, auch eine Ahnung davon, mit welchen Einschränkungen Flüchtlinge tagtäglich konfrontiert sind: sich mindestens eine Woche im Voraus überlegen zu müssen, was denn dann im Kühlschrank fehlen könnte; die mangelnde Auswahl, und auch mal gammelige Zwiebeln im Paket liegen zu haben. So wurden bestehende Zwänge – und auch die eigene bisher vielleicht kaum wahrgenommene Freiheit – bewusster.

Ansätze wie die der Umtauschinitiative stehen ja manchmal als ledigliche „Symptombehandlung einer kranken Flüchtlingspolitik“ in der Kritik, die statt politisch eher wohltätig agiere. Dies verkennt

Fortsetzung auf Seite 15 ...

WÄCHTERHAUS Merseburger 17

Freie Träume für off'ne Räume

Nein, das Haus in der Merseburger Straße 17 in Plagwitz ist kein gewöhnliches Wächterhaus, sagen die NutzerInnen selbstbewusst (1). Denn schon 2005 und unabhängig vom *Haushalten e.V.* waren drei von ihnen auf der Suche nach einem geeigneten Objekt gewesen und hatten mehrere Hausbesitzer zwecks Nutzung kontaktiert. Doch ohne den Wächterhausverein, geben sie zu, wären die Verhandlungen viel schwieriger gewesen. Sowohl die NutzerInnen selbst als auch der *Haushalten e.V.* hätten auch lieber einen direkten Vertrag zwischen Vermieter und NutzerInnen gesehen, aber der Besitzer eben nicht. Er vertraute eher auf die doppelte Vertragsstruktur, die der Verein zaudernden Immoblienbesitzern anbietet (2). So konnte im September 2006 alles für sieben Jahre unterschrieben werden. Betriebs- und Nebenkosten für den Vermieter und 15,- pro Monat und Person als Fördermitgliedsbeitrag an den Verein bedeutete ein ganzes Haus für die NutzerInnen. Das frischgebackene Hauskollektiv war glücklich. Dadurch dass man schon vorher eine feste Gruppe gewesen war, liess ihnen der Verein die sonst unübliche Freiheit, selbst über die genaue Zusammensetzung der NutzerInnen zu bestimmen und unterstützte die notwendigsten Aufbaumassnahmen mit Material und Know How. Dementsprechend gab es auch von Anfang an einen festen Zusammenhalt unter den neun BewohnerInnen im ganzen Haus und die späteren NutzerInnen wie der *Tischtennisverein BumBum*, die Nähwerkstatt *Total Vernäht* und ein kleines Hörspielstudio wurden per Unternutzungsverträge eingebunden und de facto im Stimmrecht gleichgestellt. Die Mit- und Selbstbestimmung bei der kollektiven Verwirklichung des Hausprojektes wird ernst genommen und jedeR ist bemüht, im Konsens zu entscheiden, Veto zu berücksichtigen und nur im Ausnahmefall einen Mehrheitsbeschluß herbeizuführen.

Zwei große WGs, eine Werkstatt und ein Studio – damit ist das an sich relativ kleine Haus zwar schon ziemlich voll, trotzdem will man in der Merseburger 17 in Zukunft noch stärker nach außen treten und in den Parterre-Räumen regelmäßig Kulturveranstaltungen anbieten, die auch Menschen ansprechen, die nicht unbedingt aus dem ‚üblichen Klüngel' stammen. Eine offene Küche ist ebenfalls für jede zweite Woche geplant. Zwar gibt es weiterhin noch einen lauschigen und geräumigen Hinterhof, aber der kann aufgrund der schlechten Nachbarschaft nur sehr eingegrenzt genutzt werden. Neben offen ablehnenden Spiessbürgern zählen dazu auch eine Gruppe Faschisten, die nachts des öfteren Fahrräder vor dem Haus demolieren oder ihre widerlichen Parolen brüllen. Abgesehen von solchen Problemen in der konkreten Nachbarschaft, sehen die NutzerInnen ihre Ausstrahlung durchaus positiv, insbesondere auf ein jüngeres und mehr in der „Szene" zwischen Schreibmaschinencafé und Zollschuppen verortetes Publikum.
Der Kontakt zu den anderen Wächterhäusern läuft zwar schleppend, aber gerade über die Projekte und Freunde ist man untereinander verbunden und tauscht auch schon mal Material oder Werkzeuge aus. Zudem hat der *Haushalten e.V.* aktuell eine neue Vernetzungsinitiative gestartet, um die internen HaussprecherInnenstrukturen zu stärken und den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Häusern zu erhöhen. Alles in allem scheint man in der Merseburger Straße 17 zufrieden mit dem Engagement des Vereins, geschätzt wird die Zuarbeit auf der einen und die gewährte Selbstbestimmung auf der anderen Seite. Der Eigentümer vertraut langsam den regelmäßigen Zahlungen und hält sich ansonsten zurück. Da er weder über das genügende Kleingeld verfügt noch das Haus verkaufen kann (3), geht das Hauskollektiv optimistisch von einer langfristigen Perspektive für das Projekt aus. Über die noch verbleibenden fünf Jahre des Nutzungsvertrages hinaus denkt jedoch kaum jemand. Gerade wegen der durch den Arbeitsmarkt geforderten Flexibilität sind die meisten mit der Situation zufrieden, auf lange Sicht nicht wirklich zu wissen, wo und wie es für jedeN EinzelneN weitergeht und ob dies auch gleichzeitig eine Zukunft mit und in dem Haus in der Merseburger Straße 17 bedeutet.
Möglichkeiten, um in das Projekt hinein zu schnuppern, gibt es derzeit vor allen Dingen über persönliche Kontakte und den regelmäßigen Sportlertreff des Tischtennisclubs jeden Freitag ab 21 Uhr. Wer Interesse am Kochen hat oder eine Veranstaltung organisieren will, kann sich auch per Mail (siehe unten) melden. Außerdem ist für nächstes Jahr ein großes Hausfest geplant, für welches weiterhin noch Leute gesucht werden, die Lust oder/und kreatives Potential mitbringen.

(bonz&clov)

Kontakt über:
Merseburger17@web.de

(1) Vgl. hierzu FA! #29 „Ist Lindenau denn noch zu retten"
(2) Das Modell des *Haushalten e.V.* sieht eine Gestattungsvereinbarung „Haus" zwischen dem Verein und dem Besitzer und eine Gestattungsvereinbarung „Raum" zwischen den NutzerInnen und Haushalten vor, um die Interessen beider Parteien miteinander zu vermitteln. Diese Struktur wurde insbesondere für die Revitalisierung von Häusern entwickelt und soll dann langfristig durch einen direkten Mietvertrag ersetzt werden.
(3) Das Haus gehört eigentlich einer Erbengemeinschaft. Allerdings ist die andere Partei derzeit nicht ermittelbar, weswegen dass Haus rein rechtlich nicht so einfach verkauft werden kann.

Freie Kulturszene Leipzig: Schützen & Fördern

Schon lange hatten die Vertreter_innen der Freien Kulturszene in Leipzig eine Erhöhung der Fördergelder von Seiten der Stadt gefordert. Mittlerweile wurden diese Bestrebungen von Erfolg gekrönt: Am 17. September beschloss der Stadtrat, die Zuschüsse für freie Kultureinrichtungen bis 2013 etappenweise auf 5% des städtischen Kulturetats anzuheben. Der angespannten Haushaltslage wegen ist es freilich noch unklar, ob dies schon für das Jahr 2009 Auswirkungen haben wird.

Welche Interessen diese Entscheidung motivierten, machte CDU-Fraktionschef Alexander Achminow deutlich: „Auch die freie Kultur ist ein harter Wirtschaftsfaktor für Leipzig“ (*). Falk Elstermann, Geschäftsführer der *NaTo* und Sprecher der 2001 gegründeten Initiative Leipzig Plus Kultur, argumentiert in einem Interview mit der *Leipziger Volkszeitung* ähnlich: „Kultur ist für Leipzig das Identifikationsmerkmal schlechthin (...) Das macht die Anziehung der Stadt aus, auch für die Wirtschaft“ (*).
Bei genauerem Hinsehen könnte einem auffallen, wie schwach dieses Argument ist. Denn gerade weil Kultur (auch) ein Wirtschaftsfaktor ist, werden bestimmte Bereiche überproportional gefördert: Die Manager großer Unternehmen werden mit ihren Geschäftspartnern eben eher in die Oper gehen als in die *Ilses Erika*, und japanische Touristen werden sich eher von Johann Sebastian Bach nach Leipzig locken lassen als von der *NaTo*.
Es wäre leicht, den Vertreter_innen der Freien Szene Opportunismus vorzuwerfen. Aber wenn man an die großen Fördertöpfe rankommen will, muss man den Entscheidungsträgern eben das erzählen, was sie hören wollen. Viel entscheidender als die Frage, zu welchen Mitteln mensch greift, um an Geld zu kommen, ist in diesem Fall die Frage, was anschließend mit diesem Geld passiert. Von einer Erhöhung des Etats könnten durchaus auch unterstützenswerte Projekte profitieren, die Kultur auch für „soziale Randgruppen“ zugänglich machen und sich dementsprechend eben nicht rentieren.
Auf der anderen Seite fragt sich, was das ganze Getöse überhaupt soll. Dass die *Distillery* (ein Projekt, dass immerhin mal aus der Leipziger Hausbesetzerszene hervorgegangen ist) künftig ihre Eintritts- und Getränkepreise auf ein auch für Hartz-IV-Empfänger erschwingliches Maß senken wird, ist sicher nicht zu erwarten. Und dass die *NaTo* in ernsthaften Finanznöten stecken sollte, erscheint angesichts ihres gut laufenden Kneipenbetriebs auch als unwahrscheinlich. Selbst wenn eine Erhöhung des Etats nicht das schlechteste Ergebnis ist: Praktische Solidarität untereinander wäre wohl hilfreicher als der Ruf nach Fördergeldern.
Denn immerhin müssen andere Kulturprojekte schließen oder haben mit ernsthaften Schwierigkeiten zu kämpfen. So musste im Juni das *Kulturbundhaus* den Betrieb auf unbestimmte Zeit einstellen. Offiziell werden bauliche Mängel, vor allem in Hinblick auf Brandschutzbestimmungen, als Ursache angegeben – ganz inoffiziell dürften aber auch Anwohnerbeschwerden wegen Lärmbelästigung durch vor dem Haus herumstehende Partygäste eine Rolle gespielt haben. Die Zukunft ist jedenfalls ungewiss, die Kosten für eine Sanierung des Altbaus könnten sich auf bis zu 1,5 Mio. Euro belaufen. Wenn sich kein Investor findet, der bereit ist, einen Teil der Kosten zu übernehmen, dürfte dies das endgültige Aus bedeuten.
Mit ähnlichen (wenn auch nicht ganz so dramatischen) Problemen hat auch das *Frühauf* zu kämpfen. Nach Anwohnerbeschwerden anlässlich einer Veranstaltung Anfang Oktober erhielt man dort Besuch von Ordnungsamt. Um weiteren Problemen aus dem Weg zu gehen, wurden alle bis zum Ende des Jahres geplanten Veranstaltungen abgesagt.
Ob wir auch in Zukunft noch eine rege Kulturszene in Leipzig haben werden, hängt sicher nicht nur vom Etat ab, sondern davon, ob die einzelnen Vereine und Projekte willens sind, über ihren jeweiligen Tellerrand zu schauen und sich auch dann wechselseitig zu unterstützen, wenn es nicht um Fördergelder geht. Ob sie sich auf die Rolle von Erfüllungsgehilfen der städtischen Standortpolitik reduzieren lassen und es sich in dieser Nische gemütlich einrichten, oder ob sie Räume für eine wirklich „alternative“ Kultur schaffen, eine Kultur, deren Inhalt mehr ist als die nächste Party.

Justus

(*) siehe http://www.soziokultur-leipzig.de/fuenf-fuer-leipzig/die-kampagne/pressespiegel/

Hände weg vom Besetzten Haus in Erfurt!

Es gibt sie tatsächlich noch: echte besetzte Häuser! In Erfurt gibt es ein solches seit 2001. Dabei handelt es sich jedoch nicht um irgendein Haus, sondern um einen Teil des Geländes der ehemaligen Firma *Topf & Söhne*, welche während der Zeit des Nationalsozialismus die Öfen für die Krematorien sowie Be- und Entlüftungsanlagen für die Gaskammern von Konzentrations- und Vernichtungslagern wie Buchenwald und Auschwitz produzierte. Den Besetzer/innen ist eine Auseinandersetzung mit dem geschichtlichen Hintergrund sehr wichtig, weshalb sie die Geschichte der Firma *Topf & Söhne* durch Infostände, Vorträge sowie Workshops und Rundgänge thematisieren. Im Projekt finden zudem Konzerte, Partys und andere kulturelle Veranstaltungen, wie zum Beispiel Filmabende mit VoKü statt. Bandproberäume, Wohnräume, Raum für künstlerische Aktivitäten und ein Lesecafe finden im Haus ihren Platz, ebenso wie Veranstaltungen zu Themen wie Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Kapitalismus. Soweit so gut, möchte mensch meinen. Doch wurde das gesamte Gelände, das vorher der Stadt gehörte, im letzten Jahr von der *Domicil Hausbau GmbH & Co. KG* gekauft. Die Stadt stellte an diese die Bedingung, dass das ehemalige Verwaltungsgebäude, welches sich nicht auf dem besetzten Teil des Geländes befindet, vom neuen Eigentümer renoviert und zwei Etagen an die Stadt für die Einrichtung einer Erinnerungs- und Gedenkstätte vermietet werden sollen. Die Ausgestaltung des Ortes würde vom *Förderkreis Geschichtsort Topf & Söhne* übernommen werden, der sich bereits seit Jahren mit den Hintergründen dieser Firma auseinandersetzt. Getan hat sich seitdem nichts, Besetzer/innen und Immobilienfirma schieben sich nun gegenseitig die Schuld zu, einen Geschichtsort *Topf & Söhne* zu behindern. Die Stadt stellt sich (eher passiv) auf die Seite des Eigentümers, weil dieser Wohn- und Gewerbeflächen auf dem gesamten Gebiet errichten will, wovon sich die Stadt auch erhöhte Stadtteilattraktivität verspricht. Um dieses Ziel auch umzusetzen, müsste die Immobilienfirma allerdings zuerst einmal die Hausbesetzer/innen rausschmeißen. Nun regt sich freilich Widerstand gegen die bevorstehende Räumung des besetzten Hauses. Es gab viele (Spontan)Demonstrationen und symbolpolitische Aktionen wie „Freiluftwohnen“ auf dem Rathausplatz, eine Strassenbahnparty, eine Fahrraddemo und eine Vermessungsaktion (das Rathaus und die Immobilienfirma wurden als eventuelle neue Räumlichkeiten vermessen) in Erfurt. Auch in mehreren anderen Städten fanden Solidaritätsaktionen für das besetzte Haus statt. In Langensalza – in welchem die Forderungen nach einem (neuen) autonomen Zentrum immer lauter werden – und Weimar kam es zu Scheinbesetzungen, in Jena und anderen Städten zu Transparentaktionen und spontanen Soli-Demos. Aktive aus dem besetzten Haus Erfurt befinden sich ausserdem mit Info- und Mobilisierungsveranstaltungen auf Rundreise in ganz Deutschland, um für die große Demonstration am 22.11. zu werben. Um 13.00 Uhr auf dem Bahnhofsvorplatz in Erfurt heisst es dann: „Hände weg vom Besetzten Haus in Erfurt!“.

(sal.bye)

Mehr Infos unter:
http://topf.squat.net
http://haendeweg.blogsport.de
http://www.topf-holocaust.de

Ausserdem könnt ihr bis zum 29.11.08 im Veranstaltungsraum der Gießerstrasse 16 die Fotoausstellung „Über sieben Jahre Besetzung in Bildern“ besuchen.

Mehr Bewegung in Potsdam

Erst die Schließung des *Spartacus-Clubs* und des Jugendtreffs *S13* und nun soll auch noch der *Archiv e.V.* in Potsdam Ende des Jahres dichtmachen. Laut den Betroffenen stelle das Bauamt viel zu hohe Anforderungen und versuche so, dem Projekt hintenherum den Saft abzudrehen. Während die Stadt, die mitten im Speckgürtel Berlins liegt, umfangreichen Stadtumbau plane, würden soziokulturelle Zentren und linke Projekte im Stich gelassen bzw. nicht mehr gewollt. Um gegen diese Stadtpolitik Stellung zu beziehen, demonstrierte am Samstag, den 08.11. ein Bündnis aus Betroffenen und Sympathisanten Stärke und marschierte unter dem Motto „Freiräume statt Schlossträume“ friedlich durch die Stadt. Die VeranstalterInnen zeigten sich im Nachhinein zufrieden, mit gut 1.400 TeilnehmerInnen konnte man ein wirkungsvolles Signal in die Öffentlichkeit senden. Viele seien zum Widerstand bereit.

Um der politischen Forderung nach mehr statt weniger Freiräumen zusätzlichen Druck zu verleihen, besetzten AktivistInnen in den frühen Morgenstunden des darauffolgenden Sonntags zudem die ehemalige Skaterhalle und feierten dort eine Party. Doch der Spasz währte nur kurz. Kaum eine Stunde später tauchte ein Spezialkommando der Polizei auf und räumte das gesamte Gelände mit abschreckender Gewalttätigkeit. Mehrere der BesetzerInnen wurden mißhandelt und teils schwer verletzt. Der ärztliche Rettungsdienst wurde in seiner Arbeit behindert und laut einigen Zeugenaussagen verweigerten die Berliner Beamten die Herausgabe von Dienstnummern und skandierten stattdessen Sprüche wie „Auswärtssieg“. Einer der Polizisten soll auf die Frage nach dem Grund des harten Vorgehens sogar geantwortet haben: „Heute ist doch Reichskristallnacht.“ Die Anzeigen laufen ...

Abgesehen davon, dass Kasernenluft offensichtlich nicht die Denkfähigkeit fördert, bleibt abschließend festzuhalten, dass sich in Potsdam ein durchaus ernst zu nehmender politischer Widerstand gegen die Zumutungen des aktuellen Stadtumbaus formiert. Politische Aktionen, wie die Besetzung brachliegender Gelände, signalisieren, dass es den AktivistInnen dabei nicht um staatliche Subventionen sondern vor allem um Selbstermächtigung und Selbstverwaltung geht. Ein positives Beispiel ist hier die bereits am 26.09. erfolgte, erfolgreiche Besetzung der *Villa Wildwuchs*, einer ehemaligen Beratungs- und Anlaufstelle für Jugendliche, die die Stadt Potsdam noch im Frühjahr geschlossen hatte. Nach zähen Verhandlungen über die Betriebskosten ziert das Objekt nun der stolze Name „LaDatscha – Potsdams besetztes Haus mit Havelblick“. Naja, bei soviel Selbstvertrauen reserviert der *Feierabend!* schonmal ein Kontingent der zukünftigen Ansichtskarten mit dem Motiv: „Potsdams letzter Hausbesitzer“. (clov)

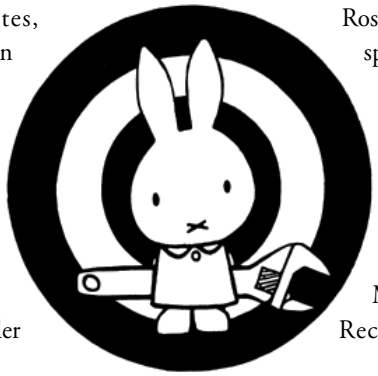
Mehr Infos unter:
http://ladatscha.blogsport.de
http://wba.blogsport.de
http://kulturfriedhof.blogspot.com
http://archiv-potsdam.de

Tönsberg weg ...

Zum Urteil des Landgerichtes Leipzig in Sachen Immovaria gegen Uwe Meusel

Die 1. Zivilkammer des Landgerichtes Leipzig hat heute verkündet, dass die Thor-Steinar-Filiale „Tönsberg“ die Geschäftsräume in der Richard-Wagner-Straße umgehend räumen muss und dass der Beklagte und Kopf des Thor-Steinar-Firmengeflechtes, Uwe Meusel, die Kosten des Verfahrens zu tragen hat.

„Längst überfällig!“ so Juliane Nagel, Landesvorstand *Die Linke*. Sachsen zum Urteil des Landgerichtes Leipzig, das heute der Räumung der Thor-Steinar-Filiale „Tönsberg“ in der Richard-Wagner-Straße den Weg gewiesen hat. In Berlin hatte das Landgericht am 14.10. nach nur einem Verhandlungstag ein entsprechendes Urteil in Bezug auf den „Tönsberg“-Laden in der Rosa-Luxemburg-Straße gesprochen. In Leipzig dagegen dauerte das Prozedere vor Gericht seit Juni an. „Das Urteil ist zu begrüßen“, so Nagel, „Nichts desto trotz steht es Uwe Meusel weiterhin frei Rechtsmittel einzulegen.



Nichts desto trotz wird die Marke „Thor Steinar“ auch in anderen Läden oder im Internet verkauft. Nichts desto trotz stellt die Debatte um den Lifestyle von Neonazis nur eine Facette im Kampf gegen (Neo)Nazismus dar.

Die nun gerichtlich angewiesene Räumung des „Tönsberg“ in Leipzig ist vor allem ein Verdienst engagierter, vor allem junger, Menschen, die sich im Bündnis „Ladenschluss“ zusammengeschlossen und seit der Eröffnung des Ladens im September 2007 unzählige Protest- und Aufklärungsveranstaltungen durchgeführt haben.“

Bündnis „Ladenschluss“

... NPD kommt

Neues Parteibüro in der Odermannstraße Lindenau

Während das antifaschistische Engagement gegen den Tönsberg-Laden in der Leipziger Innenstadt endlich den gewünschten Erfolg verzeichnen konnte, brauen sich anderswo schon wieder neue Probleme zusammen. In der Odermannstraße, in unmittelbarer Nähe des Lindenauer Marktes will die *NPD* ein neues „nationales Zentrum“ etablieren. Offiziell handelt es sich um das „Bürgerbüro“ des Vorsitzenden der sächsischen NPD, Winfried Petzold. Besonders einladend sieht dieses allerdings nicht aus, wohl nicht umsonst wird der Zugang durch meterhohe Zäune versperrt. Es ist zu erahnen, dass hier ein neuer Anlaufpunkt für Leipziger Neonazis entstehen soll. Dabei arbeitet die NPD auch mit der lokalen Kameradschaftsszene zusammen: Involviert sind u.a. Mitglieder der *Freien Kräfte Leipzig* (siehe FA! #29 u. #30).

Zur musikalischen Untermalung der Eröffnung am 15. November hatte man sich Frank Rennicke, den „Reinhard Mey der Rechtsrock-Szene“, eingeladen. Aber auch ungeladene Gäste ließen nicht auf sich warten: Die Leipziger Antifa dachte nicht daran, den Nazis einfach so das Feld zu überlassen. Zu einer Spontandemonstration kamen am frühe Nachmittag 150 Antifaschist_innen vor der *Schaubühne Lindenfels* zusammen. Die kurz darauf auftauchende Polizei versuchte durch Abriegeln von Straßen den Demonstrationszug zu stoppen, doch nach einem sportlichen Sprint durch diverse Seitenstraßen schafften es die Demonstrant_innen, ihr Ziel zu erreichen. Die Polizei machte zunächst Anstalten, die auf der Kreuzung am einen Ende der Odermannstraße stehenden Antifaschist_innen mit Mannschaftswagen einzukesseln, nach kurzer Verhandlung konnte aber eine zeitlich begrenzte Genehmigung für die Kundgebung erlangt werden. Obwohl sich auch am anderen Ende der Straße ein Grüppchen von Antifaschist_innen postiert hatte, gelang es derweil immer wieder einzelnen Neonazis, in das Gebäude zu gelangen. Eine knappe Stunde später wurde die Kundgebung beendet.

Als Wink mit dem Zaunpfahl an die Neonazis, dass ihre Aktivitäten beobachtet und gegebenenfalls mit entsprechenden Mitteln beantwortet werden, war dies eine durchaus gelungene Aktion. Wachsamkeit ist jedenfalls angebracht: Sollte es gelingen, in Lindenau einen dauerhaften Anlaufpunkt und Rückzugsort für Neonazis zu schaffen, könnte das für die Zukunft einige Probleme mit sich bringen. Jenseits einer bloß reaktiven Verdrängungspolitik müsste es aber auch darum gehen, den Nazis offensiv den Boden zu entziehen und auch in Stadtteilen wie Lindenau eine breite, alternative, antifaschistische (nicht nur Jugend-)Kultur zu etablieren. Ein Projekt wie das Ladenprojekt *Atari* in Reudnitz (einem Viertel, in dem in den letzten Jahren ebenfalls verstärkte Naziaktivitäten zu verzeichnen waren) ist da schon ein Schritt in die richtige Richtung – darauf gilt es nun aufzubauen.

Justus

ESF 2008: Ist die andere Welt noch möglich?

Ein Bericht vom Europäischen Sozialforum in Malmö, Schweden

Vom 17.-21.9. fand das *Europäische Sozialforum (ESF)* im schwedischen Malmö statt. Zum fünften Mal luden verschiedenste Organisationen, wie Frauen-, Umwelt- und Friedensbewegungen, Gewerkschaften und auch Parteien ein, um über soziale und ökonomische Alternativen zum herrschenden kapitalistischen System zu diskutieren, Netzwerke zu stärken und Erfahrungen auszutauschen. Historisch entstanden Sozialforen als sozialkritische Gegenveranstaltung zu den alljährlich stattfindenden Weltwirtschaftsforen: 2001 fand das erste *Weltsozialforum* in Porto Alegre (Brasilien) statt und bereits 2002 gab es das erste *Europäische Sozialforum* in Florenz (Italien). Die ca. 70.000 Teilnehmenden fanden dort ihren Konsens im Protest gegen den Irakkrieg und streuten so Aktionismus, Mut und Aufbruchstimmung, dass eine andere Welt nicht nur nötig, sondern auch möglich ist. Doch wie sieht es heute mit der Bewegung in den Sozialforen aus?

Dabeisein ist alles?

Unter dem gleichbleibenden Motto „Eine andere Welt ist möglich" folgten ca. 10.000 Aktivist/innen dem diesjährigen Aufruf nach Malmö, um an den mehr als 200 Workshops teilzunehmen und über Themengebiete wie Migration, Militarisierung, soziale Rechte, Nachhaltigkeit, Partizipation und Freiheit, Diskriminierung, ökonomische Alternativen, Massenmedien und soziale Bewegungen zu diskutieren. Obwohl doppelt so viele Menschen erwartet wurden und die Zahl der Teilnehmenden persönlich schwer einzuschätzen war, da die Veranstaltungsorte quer durch die Innenstadt gestreut lagen, schienen die Workshops relativ gut besucht zu sein. Die hohe Anzahl der international teilnehmenden Organisationen sorgte für eine breite Mischung aus Menschen, die sich in verschiedenen Themenbereichen engagieren – das Spektrum im deutschen Kontext reichte dabei bspw. von der *Rosa-Luxemburg-Stiftung*, dem *Friedensrat* über die *IG Metall* und *Attac* bis hin zu *Greenpeace* und der *Interventionistischen Linken*.

Abgesehen von einer international getragenen Gewerkschaftsjugend-Initiative, die im Rahmen des Forums erstmalig einen Jugendbereich mit verschiedenen Veranstaltungen einrichtete und mobilisierte, traf man jedoch verhältnismäßig wenig basisengagierte junge Menschen auf dem offiziellen Forum. Wenn vorhanden, konzentrierten sich diese vielmehr beim *Action-Network* das sich hauptsächlich aus anarchistischen, autonomen und linksradikalen Gruppen und Aktivist/innen zusammensetzte und ebenfalls verschiedene Workshops und Aktionen durchführte. Um dem Einfluss der finanzstarken Organisationen zu entgehen und trotzdem den *ESF*-Rahmen für die Thematisierung eigener, radikalerer Inhalte zu nutzen, organisierten sie sich außerhalb des offiziellen Programms. Mit dieser Abspaltung – die nicht gegen die Themen oder basisorientierte Aktivist/innen des *ESF* gerichtet war – wollten sie ihren Protest an der zunehmenden Bürokratisierung und Vereinnahmung der *ESF*-Vorbereitung durch etablierte Großorganisationen verdeutlichen, die oftmals Hierarchiefreiheit, Selbstorganisation und radikalere Systemkritik mit dazugehörigen Protestformen nicht billigten.

Nur eine Frage der Methode?

So organisierte das *Action-Network* eine Demo gegen Abschiebung mit Picknick-Blockade vor dem Migrationsbüro, eine Straßen- und Autoblockade gegen den wirtschaftlich und gesellschaftlich geförderten Klimawandel und eine „Reclaim the streets party", bei der ca. 700 Aktivist/innen musikalisch begleitet durch die Innenstadt zogen, Graffiti sprayten, Straßen bemalten und auch die ein oder andere Fensterscheibe der umliegenden Banken einwarfen. Auffällig hierbei war das Verhalten der Polizei, die sich nahezu unbemerkt in den Seitenstraßen positionierte, die Menschenmasse bis zum monumentalen Hilton-Hotel gewähren ließ und nicht durch offensive Präsenz provozierte. Erst als sich viele Stunden später die Musikwagen und Leute zunehmend verabschiedeten und sich die Straßenparty dem Ende neigte, eskalierte die Konfrontation zwischen den maximal 100 übrig gebliebenen Vermummten und den nun agierenden Beamten. Sogar mit Pferdestaffel ausgerüstet, wurde den Prophezeiungen der schwedischen Presse – die bereits seit Wochen die wahrscheinlichen Gewaltauseinandersetzungen auf dem *ESF* hochstilisierte – nun Genüge getan. Die entstandenen Bilder von schwarz gekleideten Aktivist/innen reichten dann auch aus um das Sozialforum medial zu kritisieren, statt über die Inhalte zu berichten. Neben diesen Aktionen, die vom *Action-Network* initiiert wurden und die im Grunde gegen den Kapitalismus und für die Zurückeroberung des öffentlichen Raumes für die Menschen gerichtet waren, boten selbige auch einige Workshops an, bei denen Erfahrungen über die Situation der Frauen, Prekarisierung und Kämpfe am Arbeitsplatz, Besetzungen und soziale Zentren ausgetauscht wurden und Möglichkeiten zukünftiger Mobilisierung – wie z.B. zum Klimagipfel in Kopenhagen (Dänemark, Dez.2009), dem Natogipfel in Straßbourg (Frankreich, Apr. 2009) und dem *G8*-Gipfel in Italien 2009 – diskutiert wurden. Im Gegensatz zu vielen Seminaren und Workshops im offiziellen *ESF*-Programm gab es bei diesen „radical assemblies" keine ausschweifenden Podiumsdiskussionen. Vielmehr wurden nach kurzen Einführungen kleinere Stuhlkreis-Runden gebildet, in denen sich die Teilnehmenden – sofern sie der englischen Sprache mächtig waren – austauschen konnten und jede/r auch zu Wort kam und eigene Erfahrungen einbrachte. Atmosphärisch gemütlich war zudem die Räumlichkeit des alternativen Zentrums, in denen die Veranstaltungen stattfanden, die stark an die *G16* in Leipzig erinnerten.

Den Höhepunkt des *ESF* sollte die gemeinsame Abschlussdemo bilden, zu der tatsächlich weitere 5000 Menschen anreisten und die unter dem Motto „Power

to the people - against capitalism and environmental destruction. Another world is possible“ stand. Ein bunter und strekkenweise lauter Demozug mit ca. 15.000 Teilnehmenden aus allen linken Spektren zog dabei mehrere Stunden und Kilometer „friedlich“ quer durch Malmö hin zu einem großen Waldstück, auf dem eine Bühne stand und verschiedene Musiker/innen und Künstler/innen den Abend ausklingen ließen.

Wo liegt das Problem?

Alles in allem ein interessantes Happening. Doch kann man beim *ESF* nun noch von einer Veranstaltung sprechen, die deutliche Zeichen setzt und dem Protest gegen die herrschenden Verhältnisse Ausdruck verleiht? Was bringen solche Konferenzen noch und wie wirken sie? Natürlich bietet das Sozialforum die Möglichkeit, mit Menschen aus verschiedenen Hintergründen über wichtige politische Themen zu diskutieren. Auch sollte die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen und Netzwerke zu stärken, nicht unterschätzt werden. Dennoch haben die Sozialforen seit Florenz 2002 an Wirkmächtigkeit und Aufbruchstimmung verloren. Während damals der Irakkrieg im Mittelpunkt stand und die zahlreichen Teilnehmenden auf das gemeinsame Aktionsziel einte, zu einem globalen Protesttag gegen den Irakkrieg aufzurufen, dem am 15.2.2003 weltweit ca. 30 Millionen Menschen folgten, haben die Sozialforen heute nicht mehr diese Außenwirkung. Symptomatisch dafür ist die allgemeine internationale Presse, die mittlerweile nicht einmal mehr vom *ESF* berichtet. Die relativ geringe Anzahl von 10 000 Teilnehmenden spricht dabei ebenfalls Bände. Ursachen hierfür lassen viel Interpretationsspielraum, allerdings denke ich, dass auch die Art der Organisation und Beteiligung hierbei eine Rolle spielt. Seit der sukzessiven Abspaltung von Gruppen, die seit dem *ESF* in London 2004 sichtbar ist, sind auch die offiziellen Teilnehmerzahlen zurückgegangen und es kommt zu weniger internationaler und gemeinschaftlicher Praxis. Das *ESF* hat scheinbar für diejenigen an Reiz verloren, die tatsächlich in der Welt was bewegen wollen und Impulse dafür – aufgrund der Versteifung durch Institutionalisierung – dort vermissen. Die Folge davon ist ein Forum ohne Output in Form von z.B. wirkmächtigen, internationalen Großaktionen. Das *Action-Network* hat im Malmö den Rahmen sinnvoll genutzt und nicht gegen das *ESF* gearbeitet, sondern mit den Interessierten gemeinsam andere Methoden und Inhalte probiert. Und seine Attraktivität rührte nicht zuletzt aus dem Interesse an wirksamen Aktionen mit Basisengagierten. Zwar gab es diesmal einen Jugendbereich auf dem Forum, in denen vielfach junge, ehrenamtlich engagierte Gewerkschafter/innen Veranstaltungen zu ihren Themen durchführten, allerdings blieben die Podien des restlichen Forums oftmals von Funktionär/innen besetzt. Und auch die Parteienpräsenz war ein Thema, das meines Wissens, außer vom *Action-Network* nicht einmal mehr kritisch diskutiert, geschweige denn unterbunden wurde. Jedoch zeigt vor allem die Aktivität dieses Netzwerkes, welches das Sozialforum nutzte, um sowohl nach außen zu wirken, als auch nach innen Kontakte zu knüpfen, dass solche internationalen Treffen wie das *ESF* weiterhin sinnvoll sind. Gleichzeitig bereicherten sie dieses nicht nur durch ihr Aktions- und Bewegungspotential, sondern ermöglichten zudem, durch ihre Offenheit den „offiziellen“ *ESF*-Teilnehmer/innen gegenüber, auch Einblicke darin, wie Workshops und Aktionen basisdemokratisch, kreativ und selbstbestimmt durchgeführt werden können.

Vielleicht sind es auch diese beiden, sich gegenseitig beeinflussenden Faktoren, die zur Erlahmung von solch internationalen Treffen geführt haben: Die Institutionalisierung und Bürokratisierung auf der einen Seite, die zur Abspaltung aktionistischer und radikalerer Gruppen führte und deren Abspaltung auf der anderen Seite, die eine verstärkte Institutionalisierung des *ESF* durch Großorganisationen (die ja die übrig gebliebenen sind) zur Folge hatte. Bei einer derartigen Teilung, die in einem „offiziellem“ und „inoffiziellem“ Programm mündet, werden wechselseitige Lernprozesse natürlich erschwert und jeglicher Bewegungscharakter, der sich eben auch durch Vielfalt auszeichnet, wird im Keim erstickt. Obgleich in Malmö auch eine Vermischung stattfand und die Differenzen zwischen *Action-Network* und *ESF* nicht im Vordergrund standen, kann von einer dort ausgehenden Aufbruchsstimmung im Moment trotzdem nicht die Rede sein. Dennoch bringen solche Treffen etwas, denn sie bieten den Raum, um über den eigenen Tellerrand zu schauen und Erfahrungen und Kontakte auszutauschen, die in zukünftigen Auseinandersetzungen von Relevanz sein können. Gerade die hier mögliche breite Vernetzung von verschiedenen Menschen, Gruppen und Organisationen macht das ESF zu einer sinnvollen Veranstaltung. So wird auch ein stückweit das Bewusstsein gestärkt, nicht allein zu sein mit den Vorstellungen, dass eine andere Welt tatsächlich möglich und von vielen Menschen auch gewollt ist.

(momo)

Die Fans der Guten Sache

Vom „revolutionären Subjekt“ und anderen Nebenwidersprüchen

Die Suche nach dem archimedischen Punkt, von dem aus sich die schlechte Welt aus den Angeln heben ließe, hat die radikale Linke schon viel Zeit gekostet. Gefunden hat sie ihn bisher nicht. Viele, die einst voller Tatendrang gestartet waren, gaben irgendwann auf, zogen sich ins Privatleben zurück, wurden alt und verbittert oder Mitglied bei der SPD. Mehr noch: Mit ihrer Suche nach *dem* Hauptwiderspruch, aus dem sich sämtliche sonstigen Widersprüche der Gesellschaft ableiten ließen, mit dessen Aufhebung sich also auch diese wie von selbst erledigen würden, stand sich die Linke regelmäßig selbst im Weg.

Nebenwidersprüche

Ein Beispiel: In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es in Wien eine starke und sehr aktive organisierte Arbeiterschaft. Einer der am besten organisierten Berufsgruppen waren die Buchdrucker – 1872 waren etwa 75% von ihnen Mitglied im Fachverein der Buchdrucker. 1870 und 1882 führte dieser Verein gut geplante Streiks durch, die alle Wiener Betriebe einbezogen. 1882 wurde volle acht Wochen gestreikt – die Kapazitäten dafür hätte zu dieser Zeit kein anderer Fachverein aufbringen können. Trotzdem war keinem der beiden Streiks großer Erfolg beschieden. Der Grund: Die Drucker weigerten sich, die nicht in ihrem Verein organisierten Arbeiterinnen einzubeziehen, obwohl diese durchaus bereit waren, sich zu beteiligen. Mit den weiblichen Hilfskräften wollten die Drucker nichts zu tun haben. So war es kein Wunder, dass diese schließlich von den Unternehmern als Streikbrecherinnen eingesetzt wurden und der Arbeitskampf scheiterte (1). Das ist kein Einzelfall. Auch die US-amerikanischen Gewerkschaften weigerten sich z.B. lange Zeit, Frauen und Afroamerikaner aufzunehmen (eine rühmliche Ausnahme waren die *Industrial Workers of the World*) – mit ähnlichen Ergebnissen.

Das widerspricht nicht der Tatsache, dass das Privateigentum an den Produktionsmitteln die materielle Basis der bürgerlichen Herrschaft ausmacht. Es zeigt aber, dass es grundverkehrt ist, diesem „Hauptwiderspruch“ gegenüber andere Diskriminierungs- und Ausbeutungsverhältnisse wie Rassismus und Sexismus als bloße Nebenwidersprüche abzukanzeln – denn eben diese spielen eine wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft.

Die Realität der kapitalistischen Gesellschaft lässt sich nicht auf den Klassengegensatz reduzieren. Vielmehr stellt sich die bürgerliche Herrschaft als ein komplexes System von Trennungen, Ein- und Ausschlüssen, Hierarchien und der Verteilung von Privilegien dar, die den Gegensatz von „Besitzenden“ und „Besitzlosen“ überlagern und damit stabilisieren. Die von Marx im *Kommunistischen Manifest* gestellte Prognose hat sich nicht erfüllt, dass die Dynamik des kapitalistischen Verwertungsprozesses auf lange Sicht die engen nationalstaatlichen Grenzen ebenso überwinden würde wie die alte feudale Gesellschaftsordnung und so dafür sorgen würde, dass sich letztlich Bourgeoisie und Proletariat klar und unverstellt gegenüberstehen (womit das Ende der bürgerlichen Herrschaft besiegelt wäre). Nicht nur den Aufstieg des Nationalismus hat Marx nicht vorausgesehen – auch die Spaltungen durch Kriterien wie „Rasse“, Religion oder biologisches Geschlecht sind längst nicht überwunden.

Das revolutionäre Subjekt

Diese Verschränkung verschiedener Unterdrückungsverhältnisse war schon immer ein Problem für Bewegungen, die sich die Aufhebung solcher Verhältnisse zum Ziel gesetzt hatten. Dass etwa Frauen nicht automatisch kraft ihrer „Weiblichkeit“ alle die gleichen Interessen haben, war eine Lektion, die die Frauenbewegung erst zu lernen hatte. Ein wichtige Rolle spielten dabei Schwarze Feministinnen (2) wie Angela Davis und Bell Hooks, die darauf hinwiesen, dass zwar weiße Frauen in der Tat aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert würden, ihrerseits aber auch aktiv an der Unterdrückung afroamerikanischer Männer und Frauen mitwirken.

Und auch die von rassistischer Diskriminierung Betroffenen können wiederum ihrerseits andere Menschen diskriminieren oder ausbeuten, selbst Sexisten oder Rassisten sein. Ein Beispiel dafür wäre die afroamerikanische *Nation of Islam*, die krude antisemitische Verschwörungstheorien pflegt (auf Veranstaltungen werden u.a. die „Protokolle der Weisen von Zion“ verkauft) und überzeugt ist, dass der „weiße Mann“ von Grund auf böse sei (3).

Diese Tatsachen werden auch von radikalen Linken gern übersehen. Der Grund dafür liegt in einer Gruppenkategorie, die mit der Idee des „Hauptwiderspruchs“ eng verbunden ist, der Idee des „revolutionären Subjekts“. Wenn mensch erst einmal in einem bestimmten Herrschaftsverhältnis den Hauptwiderspruch ausgemacht hat, ist es nur logisch, die größte Hoffnung eben auf die diesem Herrschaftsverhältnis unterworfene Gruppe zu setzen. Der zweite Schritt ist es, diese besondere Gruppe von Menschen restlos zu idealisieren.

Manche der dabei wirkenden Motive sind leicht zu verstehen. Zwar hängt die Linke traditionell an der Idee einer totalen revolutionären Umwälzung der herrschenden Verhältnisse. Aber abgesehen von den wenigen Gelegenheiten, bei denen ein revolutionärer Umsturz tatsächlich in greifbare Nähe zu rücken scheint, steht sie damit meist ziemlich alleine da. Die eigene Isoliertheit (im Verbund mit einer sicher ehrenwerten Solidarität mit den Unterdrückten) führt zur Konstruktion eines „revolutionären Subjekts“, das die Sache richten soll.

Damit einher geht die Illusion, das so konstruierte „Subjekt“ müsse eben so denken und handeln, wie man es sich vorstellt. Da das revolutionäre Subjekt per Definition auf Seiten des Fortschritts steht, muss es selbst von Grund auf (oder wenigstens im Grunde) gut sein. Die Individualität der dieser Kategorie untergeordneten Menschen erscheint dem gegenüber als vernachlässigbare Größe. Ihnen wird stillschweigend ein gemeinsames „Wesen“ un-

terstellt, das ihr Denken und Handeln bestimmen soll. Was nicht ins Bild passt, wird ignoriert – wenn sich das Idealbild nicht mehr halten lässt, die so idealisierten Leute einfach nicht daran denken, die auf sie projizierten Sehnsüchte einzulösen, sucht mensch sich eben ein neues Objekt der Begierde oder resigniert.

Diesem Muster folgt z.B. das Umschwenken der deutschen Linken nach dem von Israel 1967 geführten 6-Tage-Krieg. Hatte diese dem zionistischen Projekt mehrheitlich positiv gegenüber gestanden, wurde es nun in Grund und Boden verdammt und stattdessen den „fortschrittlichen Kräften" des „palästinensischen Widerstandes" zugejubelt. Dass man dabei von einer Illusion zur Dummheit, von der Idealisierung oft genug zum offenen Antisemitismus kam, zeigte sich an so verabscheuungswürdigen Aktionen wie dem versuchten Bombenanschlag der *Tupamaros Westberlin* auf ein jüdisches Gemeindehaus anlässlich einer Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Reichspogromnacht.

Umgekehrt könnte man das Entstehen der antideutschen Linken Anfang der 90er Jahre nicht nur als Reaktion auf einen solch stumpfen „Antiimperialismus", sondern auch als Abkehr von der lang gehegten und nun enttäuschten Liebe zum Proletariat interpretieren. Die „Arbeiterklasse" dachte nicht nur nicht daran, endlich mal die Revolution zu machen, manche ihrer Vertreter_innen beteiligten sich auch ohne Probleme an den rassistischen Pogromen in Rostock-Lichtenhagen und anderswo. Auch Proletarier können Rassisten sein – wer hätte das gedacht...

Der subjektive Faktor

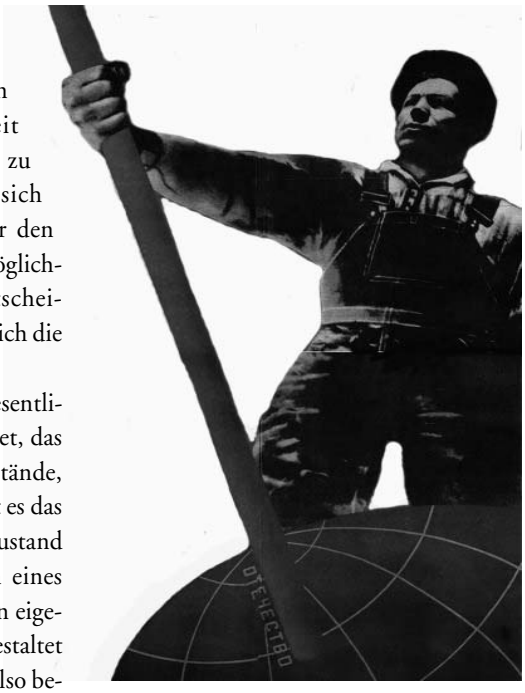
Ein Problem an diesem Konstrukt des „revolutionären Subjekts" ist, dass die so Idealisierten den an sie gerichteten Ansprüchen niemals gerecht werden können – was regelmäßig dazu führt, dass quasi das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird: Wenn die idealisierte Gruppe sich als das erweist, was sie ist, eine Gruppe von eben mitunter dummen, unsympathischen und insgesamt fehlerhaften Menschen, kann das eben nur bedeuten, dass man sich geirrt hat, dass man das „richtige" revolutionäre Subjekt noch nicht gefunden hat.

Die Idealisierung ist auch falsch, weil sie den angeblichen Subjekten der Emanzipation die Fähigkeit abspricht, selbst Entscheidungen zu treffen. Diese Sichtweise zieht sich sozusagen selbst den Boden unter den Füßen weg. Denn indem sie die Möglichkeit leugnet, (auch falsche) Entscheidungen zu treffen, leugnet sie zugleich die Möglichkeit von Emanzipation.

Denn während Herrschaft im Wesentlichen erzwungene Passivität bedeutet, das Unterworfensein unter Lebensumstände, auf die man keinen Einfluss hat, ist es das Ziel von Emanzipation, diesen Zustand erzwungener Passivität zugunsten eines Zustands aufzuheben, der aktiv den eigenen Bedürfnissen entsprechend gestaltet werden kann. Emanzipation setzt also bewusstes Handeln voraus und zielt darauf ab, diese Möglichkeit bewussten Handelns zu verallgemeinern.

Dementsprechend gibt es auch keinen „Automatismus" der Emanzipation, diese ergibt sich nicht „zwangsläufig" – weder aus einer „an sich" guten Natur des Menschen, wie viele Anarchisten im Anschluss an die Theorien Kropotkins glaubten, noch aus der stetigen Entwicklung der Produktivkräfte, wie viele Marxisten meinten. Beiden Theorien ist gemeinsam, dass sie die Menschen als selbsttätig denkende und handelnde Lebewesen vernachlässigen. So ist nicht die „gute" oder „böse" Natur des Menschen das Problem, sondern der Fakt, dass Menschen mitunter recht blödsinnige Vorstellungen davon haben, was „gut" bzw. „richtig" ist – die gesellschaftliche Prägung der Kategorien, in denen sie denken und denen entsprechend sie handeln. Ebenso können die „objektiven" ökonomischen Verhältnisse nur die „Bedingungen der Möglichkeit" definieren – sie sind das *Problem*, sie liefern die Lösung nicht gleich mit. Lässt man das bewusste Handeln der Menschen außer Acht, wäre es nicht einzusehen, wie die schlechten Verhältnisse aus sich selbst heraus ihre eigene Negation hervorbringen sollten.

Die Vorstellung eines „revolutionären Subjekts", das allein in der Lage ist, den „Hauptwiderspruch" aufzuheben, steht



dieser bewussten Tätigkeit entgegen. Wenn mensch davon ausgeht, dass die wichtigen Kämpfe ohnehin anderswo und von anderen Menschen ausgefochten werden, ist das in zweierlei Hinsicht problematisch. Entweder reduziert sich die eigene Rolle darauf, eben Fan der richtigen Mannschaft zu sein - oder man stilisiert sich selbst zur „Avantgarde", die der Masse den Weg weist. Da nehmen die Fans der guten Sache selbst die aktive Position ein und drängen das angebliche Subjekt der Revolution in die Passivität: Wenn das „revolutionäre Subjekt" richtig revolutionär sein soll, macht es gefälligst das, was von ihm erwartet wird.

Wohin das führt, lässt sich gut anhand der Russischen Revolution von 1917 und deren weiterer Entwicklung beobachten. Die Bolschewiki sahen sich als Avantgarde des Proletariats – kurz gesagt, als den Teil der Arbeiterschaft, der die Interessen der Arbeiter_innen besser begriffen hatte, als diese selbst es je hätten tun können. Wo die konkreten Proletarier sich den „objektiven Interessen des Proletariats" nicht unterordnen wollten, mussten sie (notfalls mit Gewalt) auf Linie gebracht werden – die Konsequenzen kann man etwa bei der blutigen Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes von 1921 bewundern. Die „Diktatur des Proletariats", die die Bolschewiki zu errichten meinten, war letztlich eine Diktatur der Bolschewiki im Na-

men des Proletariats, die Bedürfnisse der konkreten Proletarier wurden einer Abstraktion untergeordnet.

Basisbanalitäten

Wo kommen diese Denkmuster her? Aus eben den Verhältnissen, die mensch eigentlich überwinden wollte. Denn Herrschaft beruht weniger auf roher Gewalt und Zwang als auf der Fähigkeit, Legitimität herzustellen, bestimmte Deutungsmuster zu etablieren und allgemein durchzusetzen – der Fähigkeit, „Normalität" zu definieren. Natürlich gibt es Gewaltherrschaft, aber diese bildet insgesamt einen Ausnahmezustand, im staatsrechtlichen ebenso wie im zeitlich-historischen Sinne und im Sinne einer Abweichung von der Norm. Im Übrigen gibt es keine „reine" Gewaltherrschaft. Selbst in Fällen wie den Kolonialreichen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, wo die mit überlegener Waffentechnik ausgestatteten Europäer diese Herrschaft theoretisch unbegrenzt hätten aufrechterhalten können, musste der Zwangsgewalt ein Weltbild zur Seite stehen, das den Kolonialisten eine Rechtfertigung dafür lieferte, Afrikaner_innen und Asiat_innen zu erschiessen – und sie scheiterten letztendlich dadurch, dass es ihnen nicht gelang, diese Vorstellung von „Normalität" auch den Kolonisierten nahezubringen.

Gegenüber der repressiven wird diese produktive Seite von Herrschaft oft übersehen. „Produktiv" (ein im Rückgriff auf Michel Foucaults „Überwachen und Strafen" gewählter Begriff) meint kein Werturteil, sondern hat rein beschreibende Funktion. Herrschaft funktioniert weniger darüber, dass man Leute („repressiv") davon abhält, bestimmte Dinge zu tun, sondern indem man sie („produktiv") dazu bringt, in der gewünschten Weise tätig zu werden, indem man eine Ordnung errichtet, die als unhintergehbarer Rahmen jeden Handelns erscheint.

Um diesen Normalzustand zu begründen, beruft sich jede Herrschaft (zumindest stillschweigend) auf ein „Absolutes", eine nicht mehr hinterfragbare letzte Instanz. Die Legitimität jeder Herrschaft wurzelt letztlich im Mythos, einer göttlichen oder natürlichen „Ordnung der Dinge". Im Sonderfall der bürgerlich-kapitalistischen Herrschaftsform erscheint diese Ordnung vor allem als Ausdruck von „Naturgesetzen". Soziale Verhältnisse werden biologisiert, Effekte menschlichen Handelns essentialistisch auf eine überhistorische Natur des Menschen zurückgeführt.

Entsprechend geht jedes Unterdrückungsverhältnis mit einer Abwertung der Unterdrückten einher und rechtfertigt sich dadurch. So heißt es, Frauen seien von Natur aus zum abstrakten Denken unfähig, Schwarze triebgesteuert, Schwule krank und schwächlich usw. Das läuft auf einen Zirkelschluss hinaus: Da sie minderwertig sind, ist es nur normal, dass es den Leuten schlecht geht – und dass es ihnen schlecht geht, beweist ihre Minderwertigkeit. So rechtfertigte z.B. der englische Nationalökonom Thomas Malthus (auf dessen Theorien sich später auch Charles Darwin berief) das Elend der britischen Unterschicht. Dieses zeige nur, dass hier eben die Intelligenz fehle, um sich im Konkurrenzkampf durchzusetzen. Im Übrigen sei das völlig in Ordnung und von der Natur klug eingerichtet, denn nur dank der Armut der Masse hätte die Oberschicht ihre überlegene Kultur entwickeln können.

Wenn unterdrückte Gruppen nun anfangen, gegen diese „Ordnung der Dinge" zu rebellieren, greifen sie zur Legitimation ihres Handelns oft auf eben jene Vorstellungen zurück, aus denen auch die Herrschaft ihre Legitimation bezieht. So bedienten sich z.B. die Taboriten oder Thomas Müntzer (4) bei der Theologie, um ihre sozialrevolutionären Bestrebungen zu begründen. Dies mag als zeitlich begrenzte taktische Maßnahme Vorteile bringen, wirft aber auf lange Sicht Probleme auf. Das zeigt z.B. die Entwicklung eines Teils der neuen Frauenbewegung nach 1970: Das Konstrukt eines weiblichen „Wesens" wurde übernommen, aber nun positiv bewertet. Dagegen sei das „Wesen des Mannes", die männliche Herrschaft, für alle Übel in der Welt (Krieg, Umweltzerstörung usw.) verantwortlich. Nur die Errichtung einer neuen Ordnung unter „weiblichen" Vorzeichen könne da Abhilfe schaffen. (5)

Problematisch an dieser Deutung sozialer Verhältnisse ist, dass sie den Angehörigen der herrschenden Gruppe keine Möglichkeit zur Änderung ihres Verhaltens zugesteht. Wenn z.B. das ewige *Wesen* des Mannes das Problem ist und nicht sein *Handeln* innerhalb einer bestimmten Gesellschaftsordnung, dann ist keine Verständigung möglich, die Herrschaft des Mannes kann bestenfalls durch die der Frau ersetzt werden (und nicht etwa durch eine herrschaftslose Ordnung). Schlimmstenfalls ist die Konsequenz die Ausrottung der anderen Gruppe.

Nötig wäre also ein kritisches Hinterfragen solcher Kategorien. Dass jemand z.B. ein Proletarier ist, sagt nur, dass diese Person zum Lebensunterhalt auf Lohnarbeit angewiesen ist. Daraus folgt höchstens, dass sie einen guten Grund und eventuell die Möglichkeit zu revolutionärem oder sonstwie emanzipatorischem Handeln hat - nicht, dass sie tatsächlich so handeln *muss*. Die Einsicht, dass jede als „revolutionäres Subjekt" behauptete Gruppe sich aus Individuen zusammensetzt und dass es deren konkretes Denken und Handeln ist, worauf es ankommt, kann eine(n) vor vielen Illusionen, übertriebenem Optimismus ebenso wie vorschneller Resignation bewahren. Man mag auf das Proletariat als Ganzes keine Hoffnung mehr setzen –

die jeweiligen Proletarier_innen muss man darum nicht aufgeben.

Die Abkehr von solchen Gruppenkategorien kann auch davor schützen, die Bedürfnisse der einzelnen Gruppenmitglieder einem abstrakten „Allgemeinwohl" unterzuordnen. Alle Anstrengungen zur Errichtung einer befreiten, befriedeten Gesellschaft müssen sich daran messen lassen, inwieweit sie die Bedürfnisse der Menschen nach individuellem Wohlergehen berücksichtigen – auch die der Mitglieder der „herrschenden Klassen": Man *ist* kein Kapitalist, man handelt nur als solcher. Herrschaft ist keine Substanz, keine natürliche Eigenschaft einer bestimmten Gruppe von Menschen, sie ist eine soziale Beziehung. Es ist eine blödsinnige Vorstellung, diese aus der Welt schaffen zu können, indem man eine genügend große Zahl von Leuten an die Wand stellt.

Letztlich ist es diese Abkehr von Gruppenkategorien, die überhaupt erst die Möglichkeit emanzipatorischen Handelns eröffnet. Selber denken und weiterdenken, mit anderen kommunizieren, die eigenen Bedürfnisse und die der anderen aushandeln, sich schließlich zu solidarischem Handeln verbinden und daran gehen, die eigene soziale Umwelt diesen Bedürfnissen entsprechend umzugestalten – darauf kommt es an.

Justus

(1) Siehe Josef Ehmer, „Rote Fahnen – Blauer Montag", in: Detlev Puls (Hrg.), „Wahrnehmungsformen und Protestverhalten", Suhrkamp 1979.

(2) Die Großschreibung des Adjektivs „Schwarz" soll deutlich machen, dass es sich dabei nicht um eine „biologische", sondern eine politische Kategorie handelt.

(3) Siehe z.B. Werner Zips / Heinz Kämpfer, „Nation X - Schwarzer Nationalismus, Black Exodus & Hip-Hop", Promedia 2001.

(4) Die Taboriten waren eine Fraktion der Hussiten, der Anhänger des böhmischen Theologen Jan Hus. Dieser wurde 1415 auf dem Scheiterhaufen verbrannt, was einen Aufstand auslöste. Thomas Müntzer war ein evangelischer Theologe und eine zentrale Figur im Bauernkrieg Anfang des 16. Jahrhunderts.

(5) Siehe z.B. Martina Schäfer, „Die Wolfsfrau im Schafspelz", Hugendubel 2001. Diesem Weltbild hat der dekonstruktivistische Feminismus mit seiner Trennung von biologischem und kulturellem Geschlecht wirkungsvoll widersprochen.

Fortsetzung von Seite 5....

Die kleine praktische Solidarität

(...) allerdings, dass der praktische Umtausch durchaus eng mit der Forderung nach Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (und allen rassistischen Sondergesetzen) verknüpft ist und zumindest als schrittweise Verbesserung die Einführung von Bargeld statt Sachleistungen anstrebte. Es geht eben nicht, nur um eine eventuelle Verbesserung in der Zukunft, sondern um konkrete Veränderungen im Jetzt. Durch solidarisches Handeln sollen nicht nur die konkreten Lebensbedingungen verbessert werden, sondern eben auch Kritik am bestehenden System öffentlich gemacht und Diskussionen darüber ausgelöst werden.

Außerdem konnte und musste festgestellt werden, dass eine (auch indirekte) Kritik am Asylbewerberleistungsgesetz von den Behörden natürlich nicht gewünscht ist und die Heimleitung auch versucht hat, politische Aktivitäten im Heim zu unterbinden. Als beispielsweise die HeimbewohnerInnen durch AktivistInnen der Initiative über die geplante Einführung von Chipkarten informiert und dazu eingeladen wurden, mit zur Stadtratssitzung zu kommen, auf der über den entsprechenden Antrag abgestimmt werden sollte, um Stellung zu beziehen, hing die Heimleitung die Plakate gleich wieder ab und machte klar, dass ein derartiges Einwirken nicht geduldet werden würde. Sehr wichtig war auf jeden Fall der Austausch und die Vernetzung mit anderen Gruppen dieser Art, vor allem der Berliner Initiative gegen das Chipkartensystem und der Dresdner Kampagne gegen die Ausgrenzung von AsylbewerberInnen. Die im dortigem *AZ Conni* stattfindende „Vokü Cartonage" wurde regelmäßig mit Paketen aus Leipzig eingedeckt, nachdem es dort bereits Bargeld gab. Und auch wenn mit der Einführung von Bargeld für Leipziger AsylbewerberInnen nun das eigentliche Ziel der *Leipziger Umtauschinitiative* erst einmal erreicht ist: in vielen anderen Regionen Sachsens und Deutschlands sind noch Fresspakete oder gar Kantinenessen Praxis, und dem Kampf dagegen gilt unsere Solidarität!

(else)

globaLE 08

Globalisierungskritische Filmreihe

26.11.08 *Über Wasser* (Schauburg)
Wasser als Menschenrecht: Drei Kapitel aus drei unterschiedlichen Teilen unserer Erde beschreiben die existentielle Bedeutung des Elements Wasser für die Menschheit. Ein scheinbar banales und selbstverständliches Faktum wird zum alltäglichen Kampf ums Überleben.
(Ö/L 2007, 83 min)

03.12.08 *White Terror* (UT Connewitz)
Rechtsradikalismus im Osten: Zwei Mädchen aus Bad Freienwalde. Sweta ist 17, Rona hat vor einem Jahr Abitur gemacht und wohnt in Berlin. Für Sweta wird jeder Gang zum Bahnhof ein Spießrutenlauf. Nazis stehen fast immer da, ein Dutzend vor, ein Dutzend hinterm Bahnhof.
(D 2005, 28 min)

globaLE 08
www.globale-leipzig.de
Beginn jeweils 20 Uhr mit anschließender Diskussion.
Eintritt frei!

Alles nachhaltig oder was?

Über die Unvereinbarkeit von Kapitalismus und nachhaltiger Entwicklung

Wer heute mit der Zeit gehen will, muss sein Handeln nachhaltig gestalten. Oder es zumindest als solches bezeichnen. Wenn die deutsche Industrie als „Marktführer beim nachhaltigen Wirtschaften" Preise verliehen bekommt (1), wenn Bundeskanzlerin Merkel sich weltweit als Umweltministerin profiliert und Nachhaltigkeit zum Leitprinzip ihrer Politik erklärt (2), wenn *Greenpeace* im Rahmen des „Bergwaldprojektes" zu nachhaltiger Wiederaufforstung hiesiger Wälder mobilisiert (3) und wenn *A SEED* für nachhaltiges Konsumverhalten eintritt (4), dann scheint zumindest hierzulande die Zukunft – selbst ohne eigenes zutun – schon nachhaltig gesichert zu sein. Fragt sich jetzt, wie diese Zukunft konkret aussehen soll, denn das neue Modewort wird in den verschiedensten Lebensbereichen inflationär und für vielerlei Maßnahmen oder Strategien gebraucht, die anderen verdeutlichen sollen, sie wären langfristig betrachtet eine „gute Sache". Besonders im Bereich der Entwicklungspolitik ist Nachhaltigkeit bzw. nachhaltige Entwicklung heutzutage aus der Debatte nicht mehr wegzudenken. Der Begriff wird auch hier nicht nur von nichtstaatlichen Organisationen (NGOs), staatlichen und wirtschaftlichen Akteuren äußerst positiv besetzt, sondern zudem als internationaler Konsens weltweit gefeiert. Suggeriert wird eine Einigkeit in entwicklungspolitischen Zielvorstellungen und Handlungsorientierungen, die praktisch jedoch nicht besteht: Denn während die kommerzielle Privatisierung öffentlicher Güter wie bspw. Wasser vom *Internationalen Währungsfond (IWF)* als „Maßnahme zur nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung" betrachtet und gefördert wird, klagen kritische NGOs – wie bspw. weed (5) – selbiges als nicht nachhaltig, sondern vielmehr zerstörerisch für Mensch und Umwelt an. Was verbirgt sich also hinter einem Begriff, der grundlegende Orientierungsrahmen nicht zu vereinen mag und dem sich dennoch alle verschreiben? Warum beansprucht die Graswurzelorganisation *A SEED* ebenso wie die Bundesregierung das Prädikat der Nachhaltigkeit, wenn sie doch beide unterschiedliche Vorstellungen der „guten Sache" haben? Ist der Begriff zur hohlen Phrase verkommen oder stecken dahinter nicht vielmehr differierende Ideen und Ideologien, um die noch gestritten wird? Was der Begriff inhaltlich impliziert, welche Kontroversen sich bei der Konkretisierung der vermeintlich gemeinsamen Ziele offenbaren und welche Akteure derzeit die Deutungsmacht des Diskurses besitzen, soll hier Thema sein.

Eine zarte Pflanze...

Beginnen wir beim Ursprung des Wortes: Bereits im 18. Jahrhundert wurde Nachhaltigkeit im Kontext der Forstwirtschaft verwendet und bedeutete von den Erträgen einer Substanz selbst zu leben, also von den Zinsen und nicht vom Kapital. Impliziert wurde damit, dass nur soviel abgeholzt wird, wie gleichzeitig wieder angepflanzt werden kann – also ein Verhalten, das nicht nur umweltschonend wirkt, sondern auch Erträge langfristig sichert. Im Zeitalter der Industrialisierung und des aufschwingenden Kapitalismus, wo wirtschaftliches Wachstum Profit und Wohlstand versprachen, spielten diese Aspekte dann erstmal keine Rolle mehr. Die Begrenztheit der Rohstoffe dieser Erde war angesichts zunehmend geweckter Konsumbedürfnisse ein zu vernachlässigender Aspekt. Erst mit der Bewegung der 68er kam auch ein bewusster Umgang mit der Natur auf die politische Agenda der Aktivist/innen. Die damalige Umweltbewegung forderte vor allem eine Abkehr vom wirtschaftlichen Wachstumsparadigma, sprich einen radikalen Systemwechsel, verbunden mit einer Änderung der Lebensstile weg von der nur materiellen Wertorientierung. Die Botschaft war klar: Machen wir weiter wie bisher, werden zukünftige Generationen diese Welt nicht mehr genießen können, da sie schlichtweg verbraucht wäre.

Durch die erste Ölkrise 1973 inspiriert, wurde die Rohstoffverknappung dann auch erstmalig in Wirtschaft und Politik diskutiert und es folgten in den 70ern mehrere internationale Konferenzen, die auch die Forderungen der Umweltbewegung aufgriffen. Die Ergebnisse dieser Konferenzen fanden allerdings später – wahrscheinlich wegen ihrer inhaltlichen Radikalität – kaum Beachtung. Die Umweltproblematik blieb jedoch angesichts zunehmender Ressourcenverknappung und den ersten sichtbaren Auswirkungen des Klimawandels auf dem Tisch und sollte unter dem Schlagwort einer „nachhaltigen Entwicklung" weltweit in den Griff bekommen werden. Am internationalen runden Tisch der Interessengruppe „Umweltschutz" versammelten sich deshalb 1987 Vertreter von Staaten, Wirtschaftsunternehmen und NGOs und definierten ihr neues Leitbild als „eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können" (6). Wie solch eine Entwicklung auszusehen hätte, blieb dabei, aufgrund der inhaltlich kontroversen Vorstellungen, offen und wurde erst später vor allem auf nationaler Ebene konkretisiert.

...beginnt zu wachsen...

Im Zuge der letzten 20 Jahre gewann der Begriff Nachhaltigkeit nicht nur an Popularität, sondern wurde sowohl in weitere Bereiche übertragen und integriert, als auch mit inhaltlichen Konzepten und Strategien gefüllt. So steht eine global nachhaltige Entwicklung heute für einen Umgang mit Natur, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, der langfristig den Er-

halt selbiger sichert. Im entwicklungspolitischen Kontext spielen zudem Aspekte der Partizipation und Selbstermächtigung eine Rolle, wenn es um Strategien zur nachhaltigen Entwicklung geht. Dieser breite, mehrere Dimensionen umspannende Rahmen erklärt zum einen die Weitläufigkeit des Diskurses, impliziert aber andererseits auch mögliche und nötige umfangreiche Veränderungen in *allen* Lebensbereichen.

Die Kunst bei der Etablierung des Leitbildes zur nachhaltigen Entwicklung besteht vor allem in der kohärenten Verbindung der Ziele aus den verschiedenen Dimensionen miteinander, die wiederum zu aufeinander abgestimmten Handlungsstrategien führen sollen. Eine große Herausforderung, die je nach konkretisierter Zielstellung auch an den bestehenden Verhältnissen kräftig zu rütteln vermag, sofern sich die Ausgestalter nachhaltiger Entwicklung einig wären. Doch gerade hier liegt das Problem: Es besteht kein progressiver Konsens darin, wie eine zukunftsfähige Gesellschaft aufgebaut sein müsste, welche Verteilungsmechanismen existieren sollen, nach welchen Prinzipien gewirtschaftet wird, wie politische Einflussmöglichkeiten strukturiert sind und inwieweit natürliche Rohstoffe überhaupt noch angetastet werden dürfen. Die Spannbreite der möglichen Positionen ist breit und spiegelt dabei auch verschiedene (alte) ideologische Kontroversen wider, die allerdings durch die Integration in die Umweltdimension neu an Brisanz gewinnen.

...bis der Rasenmäher kommt.

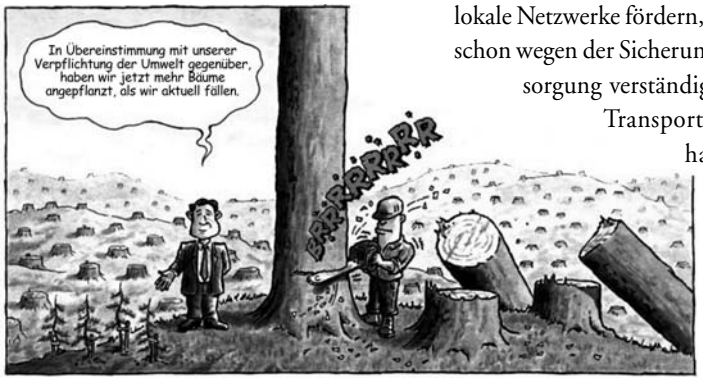
Die wohl substanziellste Kontroverse des Diskurses besteht dabei zwischen den Erfordernissen, die notwendig sind, um den nächsten Generationen die Natur zu erhalten und den Vorstellungen einer nachhaltigen Wirtschaftsweise, die sich gleichzeitig auf Wachstumsorientierung bzw. Kapitalismus gründet. Mit anderen Worten variieren die Vorstellungen erheblich, inwieweit wir sowohl unseren Lebensstil und die Konsumbedürfnisse, als auch die allgemeine Wirtschaftsweise verändern müssen, um die Umwelt und das menschliche Überleben darin zu sichern. Die radikalen Protagonisten der 70er Jahre waren sich darin einig, dass im Rahmen des kapitalistischen Systems, in dem Wachstum und Gewinnmaximierung die treibenden Faktoren sind, kein nachhaltiger Umweltschutz erreicht werden kann, da ständiges wirtschaftliches Wachstum immer an einen übermäßigen Ressourcenverbrauch gekoppelt sein wird. Oder anders ausgedrückt: „Wenn es alle Länder schaffen würden, dem industriellen Vorbild zu folgen, dann wären 5-6 Planeten vonnöten, um als Bergwerk und Müllhalde für die Wirtschaft herzuhalten“ (Wolfgang Sachs). Statt dessen forderten sie sog. „Nullwachstum“, also eine gesamtgesellschaftliche Abkehr vom hiesigen Wirtschaftssystem, verbunden mit einer Änderung der Lebensstile weg vom stumpfen, unnötigen Konsumismus. Solche Forderungen stießen – welch Wunder – auf wenig Gegenliebe bei Wirtschaftslobbyisten. Dort herrscht – durch derzeitige Erfolge optimistisch gestärkt – bis heute die Überzeugung, dass eine schrittweise Entkopplung des wirtschaftlichen Wachstums vom Ressourcenverbrauch möglich wäre und ausreichen würde, um künftige ökologische Katastrophen zu verhindern. An einer kapitalistischen Wirtschaftsweise bräuchte sich demzufolge nichts zu ändern, da sich Investitionen in ressourcensparende, neue Technologien, wie bspw. das schadstoffarme Auto langfristig für Wirtschaft und Umwelt rentieren würden. Dieser Ansicht sind auch die herrschenden Politiker/innen hierzulande, zumal die deutsche Wirtschaft bereits Erfahrungen mit ressourcensparenden und umweltfreundlichen Technologien hat, und die Regierung weiß, dass diese als Exportschlager auch Geld in die Staatskassen spülen können. So wird auch das Engagement der konservativen Kanzlerin in Bereichen der Umweltpolitik auf internationalen Gipfeln erklärbar. Um den zukünftig boomenden Sektor anzukurbeln, werden dann auch mal neue Richtlinien eingeführt, wie bspw. die kürzlich verabschiedete, die den Kauf schadstoffarmer Automobile mit bis zu zwei Jahren Steuerbefreiung belohnt. Das dies eher ein Konjunkturprogramm für die wachstumsorientierte Wirtschaft angesichts der Finanzkrise ist und weniger mit den eigentlich notwendigen Umweltzielen zu tun hat, wird schon allein daran deutlich, dass diese Autos zwar weniger Kohlenmonoxyd ausstoßen, jedoch weiterhin das Klima mit ihrer hohen CO2-Emission belasten. Nichtsdestotrotz sind sich Wirtschaft und Politik hierzulande einig, dass mit genügend Investitionen in klimafreundliche und ressourcensparende Technologien die schlimmsten Umweltauswirkungen verhindert werden können. Mischt man dazu noch ein paar globale Abkommen, wie das Kyoto-Protokoll, dann wäre das schon machbar und angesichts der Vorreiterrolle Deutschlands in neuen, umweltschonenden Technologien auch wirtschaftlich profitabel. Dagegen wirkmächtig anzukommen und radikalere Schritte einzuleiten ist schwer, denn die Aktivist/innen der Umweltbewegung, die den Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung und Kapitalismus thematisieren sind eher Mangelware. Während es in den 70ern noch nahezu unvorstellbar war, dass ressourcensparende Technologien, wie sie heute existieren, überhaupt produzierbar sind, sind die Meisten heute eingelullt vom Technikwahn, der sicher auch in schlimmsten Zeiten das Überleben der Menschheit sichern werde (fragt sich nur wer da überlebt...).

Die Stimmen der Befürworter eines radikalen Wandels sind jedenfalls wieder sehr leise geworden, spätestens seit die Grünen

als Partei Karriere zu machen begannen und sich Frau Merkel international als „Umweltministerin“ profiliert und dabei Deutschland zum Vorzeigeland in Sachen Nachhaltigkeit deklariert. Zwar gibt es noch einige Netzwerke, wie bspw. auch *A SEED*, die unter „nachhaltiger Entwicklung“ eben auch die Abkehr von einer kapitalistischen Wirtschaftsweise verstehen, da permanentes Wirtschaftswachstum nicht ohne Ressourcenverbrauch funktioniert, allerdings versinken sie im internationalen Machtpoker nahezu in der Bedeutungslosigkeit.

Weg mit dem Mäher!

Die progressive Vision einer nachhaltigen Gesellschaftsordnung ist im Gegensatz zur gängigen nicht angebots- sondern nachfrageorientiert, was nicht nur eine Umwälzung der kapitalistischen Wirtschaftsweise impliziert, sondern auch die Herstellung von nutzlosen oder überschüssigen Produkten – die im Bereich der Lebensmittelindustrie bspw. auch zuhauf entsorgt werden und trotzdem für einzelne Unternehmen noch profitabel sind – verhindert. *A SEED* vernetzt sich z.B. daher, um durch gemeinschaftliche Subversion bzw. direkte Aktionen auf die zerstörerischen Folgen des Kapitalismus aufmerksam zu machen. Allerdings setzen sie auch an der Alltagspraxis im Kleinen an und mobilisieren für einen radikalen Wandel der Lebensstile, der sich nicht in Energiesparlampen oder effizienteren Autos erschöpft, sondern blinden Konsumismus bekämpft. So soll bspw. das Auto nicht Statussymbol, sondern Nutzfahrzeug sein, das nur unter voller Besetzung wirklich annähernd nachhaltig angewendet wird. Auch Fleischkonsum und Flugreisen sind dabei Themen, die von vielem im Alltag verändert werden könnten und der Natur insgesamt helfen. Doch wie bereits beim Auto - das für eine nachhaltige Entwicklung eigentlich abgeschafft werden müsste - bereits deutlich wird, sind solche Vorschläge vielleicht gut gemeint aber oftmals konkret schwierig umsetzbar. Angesichts des desaströsen Zustands öffentlicher Verkehrsmittel bspw. müssten nicht nur Mehdorn und Co abgesetzt werden, sondern vielmehr völlig neue Finanzierungskonzepte erarbeitet, Infrastruktur wieder ausgebaut sowie herrschende Pendlerstrukturen abgeschafft und Arbeitsverhältnisse radikal verändert werden. Daher kann ein progressiver Ansatz auch nur darin bestehen, *sowohl* die kapitalistischen Verhältnisse anzuklagen und Netzwerke gegen diese zu stärken, *als auch* Bewusstsein im alltäglichen zu erzeugen. Angesichts unserer hochindividualisierten Gesellschaft, deren Bewohner zudem unter kapitalistischen Verhältnissen sozialisiert wurden, ist klar, dass ein solches Umdenken weder von heute auf morgen geschehen kann, noch jemals als politischer Konsens „von oben“ verabschiedet werden wird. Denn der Konsens zwischen den Lobbyisten in Wirtschaft und Politik besteht im qualitativen Wachstum, das nichts anderes als eine ökologische Modernisierung, sprich Ökokapitalismus, ist. Diejenigen besitzen leider auch die Deutungsmacht über den Begriff der nachhaltigen Entwicklung, der eigentlich auch auf progressive Inhalte rekurrieren könnte. Im Grunde ist Nachhaltigkeit das beste Argument gegen Kapitalismus bzw. die Ausbeutung von Mensch und Natur. Und auch darüber hinaus kann mensch damit für Emanzipation, Dezentralisierung und Selbstbestimmung in weiteren Kontexten argumentieren. Eine nachhaltige Gesellschaftsordnung würde lokale Netzwerke fördern, da sie sich allein schon wegen der Sicherung der Grundversorgung verständigen müssen, um Transportwege gering zu halten. Selbstermächtigungsprozesse, weg von zentralen Regierungen wären ebenso unumgänglich, wie die Abschaffung von lohnarbeitszentrierten Ausbeutungsverhältnissen. Denn eine zukunftsfähige Gesellschaft jetzt und später bedeutet nicht die Konservierung der Natur auf Kosten des Menschen, sondern ein Leben in Einklang mit dieser. Eine Umsetzung dessen bedarf radikaler Veränderungen aller Lebensbereiche, so auch die Diskussion darüber, was unter sozialer Gerechtigkeit verstanden werden soll und wie sich der Reichtum in der Gesellschaft zu verteilen hat. Angesichts der politischen Verhältnisse, in denen bspw. Wettrüsten zum Standardrepertoire gehört, schließt eine Diskussion um nachhaltige Entwicklung auch Antimilitarismus, Bekämpfung von Machtpolitik und ein Konzept des Zusammenlebens jenseits von Staat und Nation ein. So zumindest könnten die Diskussionen verlaufen, die in den 70ern angelegt waren und mit denen sich heute nur vereinzelte Gruppen beschäftigen. Ein Zusammendenken verschiedener Themenbereiche findet dabei selten statt, vielmehr wird vom hiesigen Politnik die ökologische Problematik oftmals als „Nebenwiderspruch“ abgetan. Maximal solidarisiert mensch sich noch mit Anti-Castor-Protesten, überlässt dann jedoch das Feld den „Ökos“, die insgeheim belächelt werden. Diejenigen die sich weniger mit Politik beschäftigen und denen die Umwelt nicht egal ist, geben sich hingegen oftmals der Illusion hin, dass mensch mit Mülltrennung schon den einzig möglichen Beitrag geleistet hätte.



Schluss mit dem Etikettenschwindel!

Die Debatte um eine nachhaltige Entwicklung hat nicht nur die entwicklungspolitischen Zielsetzungen in Bezug auf ärmere Länder verändert, sondern auch die hiesige Entwicklung und Wirtschaftsweise in Frage gestellt. Der Westen hat, durch den zerstörerischen Umgang mit der Natur, seine gewünschte Vorbildfunktion für die Entwicklung anderer Länder verloren. So gesehen, kann ihre Debatte um Nachhaltigkeit auch als ihr Versuch der Imageheilung betrachtet werden, da die neuen effizienten Technologien versprechen, die entstandenen Schäden wieder gut zu machen, würden sie weltweit exportiert werden.

Dass einzelne Staaten – und insbesondere die sog. Entwicklungsländer – dabei nur Eigeninteressen der Industrieländer vermuten, da sie bereits Jahrzehnte lang auf Kosten dieser ausgebeutet wurden und zu Rohstofflieferanten für deren Industrialisierung degradiert waren, während ihnen jetzt die eigene Entwicklung bzw. Industrialisierung mit dem Verweis auf die Umwelt verwehrt bleiben soll, ist nachvollziehbar. Daher verbinden sie mit nachhaltiger Entwicklung auch keinen progressiven Diskurs, obgleich sie von den Umweltauswirkungen am stärksten betroffen sind und sein werden. Schon deshalb sollte die Deutungsmacht von Nachhaltigkeit nicht in den Händen hiesiger Machthaber verbleiben, denn sie verstümmeln die progressiven Möglichkeiten einer Veränderung der Gesellschaftsordnung und reduzieren sie auf ihr „business as usual". Deshalb wäre es zumindest ein Anfang, den Begriff der Nachhaltigkeit wieder mit radikalen Inhalten zu besetzten. Die Etikette „Nachhaltigkeit" verspricht in ihrer Anwendung derzeit mehr als sie zu halten vermag. Nur weil nicht das drin steckt, was drauf steht, liegt die Lösung allerdings nicht darin das Etikett zu verwerfen. Vielmehr müsste da der Etikettenschwindel endlich auffliegen!

momo

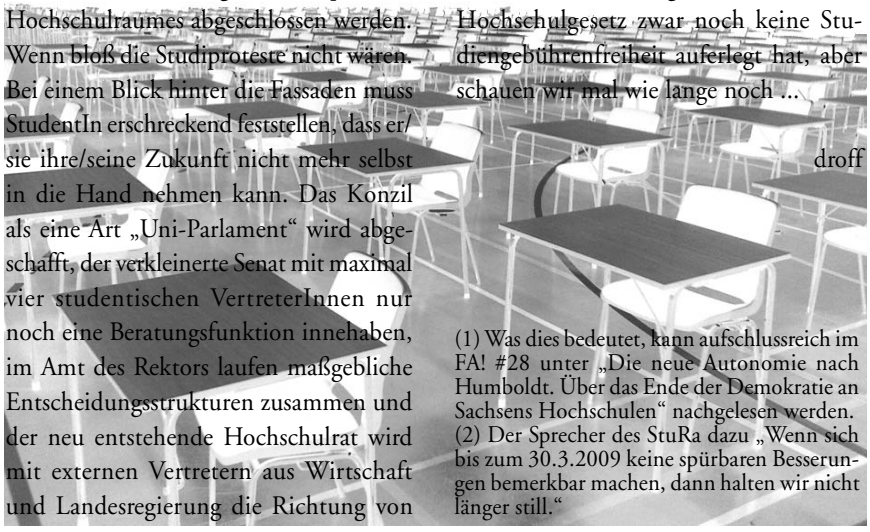
(1) Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) verleiht alljährlich einen Umweltpreis an hiesige Wirtschaftsunternehmen, wie Bayer und Henkel im Jahr 2008, die Technologien entwickeln, die umweltschonender bzw. engergiesparender sind: http://www.bdi-online.de/de/fachabteilungen/10183.htm
(2) Siehe: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/11/2007-11-27-konsultationen-zur-nachhaltigkeitsstrategie.html
(3) Siehe: http://www.greenpeace.de/themen/umwelt_wirtschaft/weltgipfel_2002/artikel/nachhaltigkeit_handeln_statt_langer_reden/
(4) *A SEED* (Action for Solidarity, Equality, Environment, and Diversity Europe) ist ein 1991 gegründetes radikales Netzwerk junger Menschen, die sowohl Aktionen und Kampagnen gegen Umweltzerstörung und für soziale Gerechtigkeit organisieren, als auch Trainings-, Diskurs- und Vernetzungsmöglichkeiten mit sog. Grasrootorganisationen fördern. Mehr unter: http://www.aseed.net
(5) weed ist eine 1990 gegründete NGO, die sich mit Ursachen der Umwelt und Armutsprobleme beschäftigt, sich in nationalen und internationalen Netzwerken engagiert und v.a. in Deutschland mehr Bewusstsein für einen notwendigen Wandel schaffen will. Siehe auch: http://www.weed-online.org/themen/finanzen/20815.html
(6) Aus dem Brundtland-Bericht der „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung" 1987

Firma Hochschule

Die Reformierung des Sächsischen Hochschulgesetztes hat ein erneutes Ende gefunden – doch nicht ohne massiven Protest von denen, die es letztendlich betreffen wird. Als am Mittwoch den 12. November 2008 wieder mal tausende StudentInnen aber auch Lehrer, Professorinnen, Schüler und Gewerkschafterinnen gegen die sächsische Bildungspolitik vor dem Dresdener Landtag demonstrierten, musste der Staatsschutz Überstunden leisten, wurden Sonderzüge eingesetzt und die Sachverständigen im sächsischen Parlament vorgeführt. Ein kleiner Hoffnungsschimmer namens „Formfehler im Gesetzestext" forderte einen erneuten Aufschub. Doch nur drei Tage später war klar, dass nun mit dem 1. Januar 2009 der Zukunft der Firma Hochschule mit mehr Autonomie und Eigenverantwortung nichts mehr im Weg steht.(1) Wird ja auch mal Zeit, denn für die anstehenden 600-Jahr-Feierlichkeiten der Universität Leipzig 2009 muss alles perfekt sein und 2010 soll letztendlich auch der Bologna-Prozess mit der Vereinheitlichung des europäisches Hochschulraumes abgeschlossen werden. Wenn bloß die Studiproteste nicht wären. Bei einem Blick hinter die Fassaden muss StudentIn erschreckend feststellen, dass er/sie ihre/seine Zukunft nicht mehr selbst in die Hand nehmen kann. Das Konzil als eine Art „Uni-Parlament" wird abgeschafft, der verkleinerte Senat mit maximal vier studentischen VertreterInnen nur noch eine Beratungsfunktion innehaben, im Amt des Rektors laufen maßgebliche Entscheidungsstrukturen zusammen und der neu entstehende Hochschulrat wird mit externen Vertretern aus Wirtschaft und Landesregierung die Richtung von Lehre und Forschung vorgeben. Gegen diese Entscheidungseliten, gegen die nahezu vollständige Streichung studentischer Mitbestimmung und den stärkeren Einfluss profit- und effizienzorientierter Wirtschaftsinteressen wenden sich die Proteste der Studierenden Sachsens. Im Angesicht einer voranschreitenden Ökonomisierung von Bildung und stärkerer Zentralisierung von Entscheidungskompetenzen können nun für das kommende Sommersemester sogar Streiks an der Uni Leipzig nicht mehr ausgeschlossen werden.(2)

Der Kunde Student wird morgen für ein Bachelorstudium zwar noch keine 500 Ois Studiengebühren aber genug für Semestergebühren, Semesterticket und zum Leben brauchen sowie starke Nerven, Leistungs- und Karrierewillen, um die durchstrukturierte berufsorientierte 80-h-Woche durchzustehen. Und wenn nach drei Jahren die internationale Konkurrenz des Arbeitsmarktes ruft, ist er/sie gerade mal 21 Jahre alt – vielleicht auch privilegiert, im Masterstudiengang eine akademische Laufbahn einzuschlagen, dem das neue Hochschulgesetz zwar noch keine Studiengebührenfreiheit auferlegt hat, aber schauen wir mal wie lange noch ...

droff



(1) Was dies bedeutet, kann aufschlussreich im FA! #28 unter „Die neue Autonomie nach Humboldt. Über das Ende der Demokratie an Sachsens Hochschulen" nachgelesen werden.
(2) Der Sprecher des StuRa dazu „Wenn sich bis zum 30.3.2009 keine spürbaren Besserungen bemerkbar machen, dann halten wir nicht länger still."

junge linke
gegen Kapital und Nation

Seminare 08/09
28-30. Nov. **„Rätekommunismus"**
16-18. Jan. **„Von Menschen und Tieren"**
30. Jan. - 1. Feb. **„China"**
20-22. Feb. **„Realsozialismus"**

www.junge-linke.de

Der Prozess in Stuttgart-Stammheim

Seit dem 17.März 2008 findet vor dem *Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart* in der JVA-Stelle Stuttgart Stammheim ein Prozess nach den §§129, 129a und 129b gegen fünf linke Migranten statt. Das Verfahren ist der erste große §129b-Prozess, der sich gegen eine linke Organisation richtet. Damit soll ein Präzedenzfall geschaffen und so der Weg für weitere Verfahren und Kriminalisierungen nach §129b geebnet werden. Daher wollen wir mit diesem Artikel kurz den aktuellen Stand des Verfahrens zusammenfassen. Den Angeklagten wird die Mitgliedschaft in und Unterstützung der *Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)* vorgeworfen.

Diese marxistisch-leninistisch orientierte türkische Untergrundorganisation ging Anfang der 90er Jahre aus der Spaltung der Devrimci Sol *(Revolutionäre Linke)* in zwei konkurrierende Flügel hervor. In der Folge kam es auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und Schießereien zwischen den Mitgliedern dieser beiden Flügel, die mehreren Menschen das Leben kosteten. Neben der Arbeit in Gewerkschaften und Stadtteilorganisationen unterhielt die *DHKP-C* auch eigene Guerillaeinheiten und führte Attentate und Bombenanschläge durch. So bekannte sie sich 2003 zu zwei Bombenanschlägen gegen ein Hotel in Istanbul und eine McDonald's-Filiale, bei denen mehrere Menschen ums Leben kamen - in ihren Bekennerschreiben ordnete die *DHKP-C* diese Aktionen als Teil des antiimperialistischen Widerstands gegen den Irakkrieg ein. Seit 1998 ist die *DHKP-C* in der BRD verboten, 2002 wurde sie auf auf die Terrorlisten der USA und der EU gesetzt.

Auch wenn Programmatik und Aktionsformen dieser Gruppierung sicher fragwürdig sind, ist Solidarität in diesem Fall dringend nötig, weil auch das Verfahren selbst in vielen Punkten fragwürdig ist.

Die Anklage

Die Anklageschrift im Prozess in Stuttgart-Stammheim bezieht sich auf einen Fall von Waffenschmuggel, Urkundenfälschung und Spendensammlungen. Sie beruht auf durch Folterungen erzwungene Geständnisse und Informationen sowie auf Ermittlungen des türkischen Geheimdienstes *MIT* und des Verfassungsschutzes.

Die Anklage stützt sich jedoch maßgeblich auf die Aussagen des psychisch kranken Hauptbelastungszeugen Hüseyin Hiram. Dieser unternahm während seiner Haftzeit in Koblenz, wo er vor dem *OLG* wegen Doppelagentschaft (er war gleichzeitig für den deutschen und den türkischen Geheimdienst tätig) verurteilt wurde, einen Selbstmordversuch und leidet seitdem an Schizophrenie. Am Prozess selbst kann er nur durch die Einnahme starker Neuroleptika teilnehmen. Durch die starke Medikation und seine Krankheit ist er nicht in der Lage, zusammenhängend und selbstständig zu sprechen. Bei seinem „Verhör" las der Vorsitzende Teile seiner bisherigen Aussagen vor dem Gericht in Koblenz vor, die er dann lediglich mit ja oder nein beantworten musste. Dennoch widerspricht er sich oft, verwirft alle Aussagen die er gemacht hat und beleidigt dabei die Angeklagten.

Als die Verteidigung die Befragung von Hüseyin Hiram aufnehmen sollte, wurde seine Anhörung vor Gericht unangekündigt unterbrochen, um den Istanbuler Polizeichef Serdar Bayraktuktan aus der Türkei zu vernehmen. Die Anwälte der Angeklagten konnten einen Aufschub der Vernehmung erreichen, da gegen Bayraktutan in der Türkei zur Zeit noch zwei Verfahren wegen Foltervorwürfen laufen. So ist er Mitglied einer Antiterroreinheit, die erst am 8. Oktober diesen Jahres den 29-jährigen Engin Ceber solange gefoltert hatte, bis dieser mit Gehirnblutungen ins Krankenhaus eingeliefert wurde, wo er dann verstarb.

Die Situation der Gefangenen

Seit ihrer Verhaftung im November 2006 bzw. im April 2007 befinden sich alle Angeklagten - bis auf Ilhan Demirtas, der auf Grund des hohen Drucks unter einer psychischen Erkrankung leidet - in Isolationshaft. Die Gesundheit aller ist angeschlagen. Insbesondere Mustafa Atalay ist davon betroffen. Er wurde nur drei Wochen nach einer Bypass-Operation aus der Rehaklinik heraus verhaftet und leidet unter akuten Herzproblemen. Seine Herzgefäße sind wieder verstopft, eine medizinische Behandlung wird ihm durch das Gericht verwehrt. Damit wird nicht nur die Gefahr bleibender Schäden wie Lähmungen schlichtweg ignoriert, die Justiz nimmt damit auch den möglichen Tod des Angeklagten in Kauf.

Solidarität...

Die zahlreichen Schikanen, die die Gefangenen, Verteidiger und Prozessbesucher über sich ergehen lassen müssen, die Anklage, die sich gegen eine politische Organisation richtet, sowie das mediale Schweigen, das den Prozess begleitet, verdeutlichen den Charakter als politischen Schauprozess und machen die Notwendigkeit deutlich, gemeinsam dagegen vorzugehen. Dabei richtet sich das Verfahren keineswegs nur gegen migrantische Strukturen, sondern stellt letztlich einen Angriff auf internationalistische Arbeit und die internationale Solidarität dar und versucht diejenigen, die gegen die Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse vorgehen, zu kriminalisieren und aufkommenden Widerstand schon im Vorfeld auszumerzen.

Um uns dagegen wehren zu können, müssen wir uns solidarisch verhalten und die aktuellen Repressionsfälle in unsere Praxis und Diskussion miteinbeziehen. Denn Solidarität ist unser Schutz und unsere wichtigste Waffe gegen die Repression – ungeachtet von unterschiedlichen politischen Konzeptionen oder Aktionsformen.

Rote Hilfe

Mehr Infos unter:
www.no129.info

Aktuelle Repressionsfälle nach §129b

Für diese und andere Verfahren wird der Prozessausgang in Stuttgart-Stammheim entscheidend sein:

Am 5.11.08 gab es in Köln, Duisburg, Dortmund und Hagen erneute Razzien und drei Festnahmen aufgrund des §129b. Im Zuge der Durchsuchungen, bei denen Geld, Computer und Datenträger beschlagnahmt wurden, wurden Ahmet Istanbullu, Nurhan Erdem und Cengiz Oban, denen die Mitgliedschaft und Unterstützung der *DHKP-C* vorgeworfen wird, festgenommen und dem Bundesgerichtshof vorgeführt. + + + Vorraussichtlich Ende dieses Jahres soll in Düsseldorf ein weiterer §129b-Prozess gegen Faruk Ereren beginnen, dem vorgeworfen wird Mitglied des Zentralkomitees der *DHKP-C* zu sein. + + + Ein weiterer Prozess gegen die Journalistin Heike Schrader, der vorgeworfen wird, Mitglied der *DHKP-C* zu sein, wird vorbereitet.

+ + + Des weiteren wird ein Verfahren gegen 10 Personen angestrebt, denen vorgeworfen wird, innerhalb der *TKP/ML (Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten)* eine „terroristische Vereinigung" gegründet zu haben.

ERWIN WAGENHOFERs „Let's Make Money“

Selbst verschuldete Unmündigkeit

„Die beste Zeit zu investieren ist, wenn Blut auf dem Boden ist.“ Diese Maxime eines Investmentbankers heutiger Prägung vereint so ziemlich den ganzen Zynismus und die Verantwortungslosigkeit, welche in den vergangenen Monaten die (beinahe) globale Weltordnung des Finanzmarktliberalismus in den Ruin führten. Anstelle einer Fortführung des Bankenkrise-Artikels in der letzten Ausgabe daher nun eine Rezension des Dokumentarfilms „Let´s Make Money“, der am Weltspartag (30.10.) Premiere feierte.

Regisseur Erwin Wagenhofer hat vor drei Jahren mit der Doku „We feed the World - Essen global“ eine kleine Sensation erreicht, weil in kaum gesehener Schonungslosigkeit dem Zuschauer ein Einblick in die Produktionsweisen der Nahrungsmittelindustrie gewährt wurde. In gekonnter Weise stellte er die enorme Überproduktion der Industriestaaten und die haarsträubenden Mängel der so genannten „Dritten Welt“ einander gegenüber. Die Zeit seit diesem Erfolg, der Wagenhofer unter anderem einen *Amnesty International Human Rights Award* einbrachte, hat der Regisseur damit genutzt, die komplizierten Strukturen und Auswirkungen des Investmentbankings auf vier Kontinenten zu verfolgen.

Die Vorgehensweise ist dabei fast identisch mit dem Vorgängerfilm, es werden einfache Arbeiter/innen, die um ihr täglich Brot kämpfen müssen, und vermögende Entscheider, die Multimillionenbeträge verschieben, befragt, hochtrabende Verlautbarungen mit tristen, ja erschreckenden Bildern aus der Wirklichkeit kombiniert. Dabei verzichtet Wagenhofer auf Kommentare aus dem Off, taucht niemals selbst im Bild auf, um kritisch nachzuhaken und hört sich die Argumente auf beiden Seiten an. Er verfolgt die Strategie, durch die Abfolge der Bilder und die Dramaturgie der einzelnen Szenen eine Spannung aufzubauen, die als Ergebnis deutlicher ausfallen als nur platte Polemik.

Nach oben buckeln, nach unten treten

Da ist zum Beispiel die Näherin in einem indischen Sweatshop ganz zu Anfang des Films, von der mensch nur den Oberkörper sehen kann. Gleich darauf folgt eine Einstellung, in welcher druckfrische Euro-Banknoten vom Band laufen. Auf den ersten Blick wirkt es, als würden diese von der jungen Frau im Sari mit ihrer Nähmaschine hergestellt, eine gelungene Metapher für die Wertschöpfung, von der die Inderin niemals profitieren wird. Dies wird gelegentlich durch Fakten untermauert, welche auf das Nötigste beschränkt am Ende der einzelnen Sequenzen eingeblendet werden. Zu Beginn wirft Wagenhofer die Frage auf „Wissen Sie, wo Ihr Geld steckt?“, später macht er den *Internationalen Währungsfond (IWF)* und die *Weltbank* als Komplizen aus, welche das System der Ausbeutung der Armen zu Gunsten der Reichen von langer Hand geplant haben. Beispielsweise indem sie verschuldete Entwicklungsländer in Abhängigkeit gezwungen, kommunale Gemeinschaften über Public Private Partnerships (PPP) langsam enteignet, unfassbare Geldmengen in die Errichtung von Geisterstädten investiert und geschätzte 11,5 Trillionen Dollar an Privatvermögen in Steuerparadiesen vor dem Zugriff des Fiskus versteckt werden. Dabei wiederholt Wagenhofer sich in teilweise etwas zu deutlichen Anspielungen, etwa wenn die große Ähnlichkeit der Fassade des Weltbankgebäudes in New York quälende Sekunden mit einer Gedenktafel auf dem (militärischen) Heldenfriedhof verglichen wird oder glattgebügelte Managerphrasen wiederholt mit Bildern aus dem Slum untermalt werden.

Doch trotz seiner Schwarzmalerei ist der Film insgesamt sehr empfehlenswert, weil mensch so nicht nur lernt, Banken generell zu misstrauen, sondern auch nebenbei neue Theorien zur Entstehung des Irakkrieges erfährt und dass die Phrase von den sogenannten „Heuschrecken“ nicht ganz unberechtigt war: Ein österreichischer Unternehmer etwa lobt ausführlich die Arbeitsbedingungen in Indien (ein einfacher Arbeiter erhält ca. 100 Dollar im Monat, kaum Gewerkschaften, geringe Nebenkosten) und ist dabei, sein Betriebsvolumen zu vervierfachen, äußert aber zugleich seine Bereitschaft, jederzeit woanders hingehen zu können, falls die Kosten zu sehr steigen.

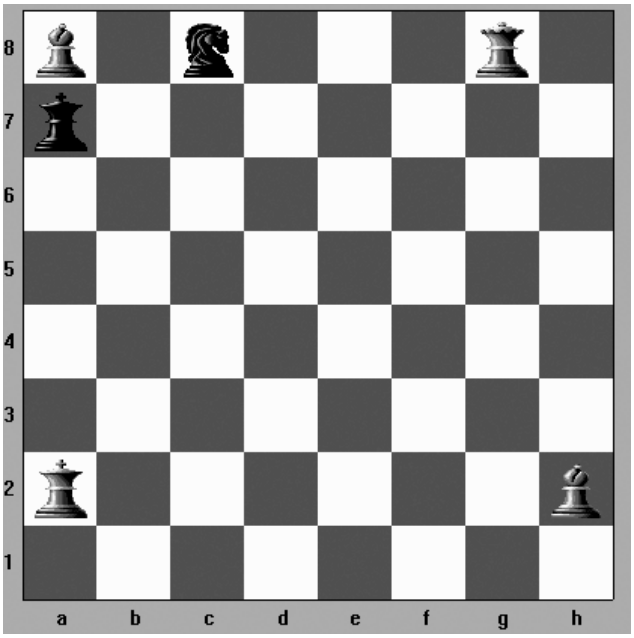
Die Rolle des Sympathieträgers darf mit Hermann Scheer ausgerechnet jemand übernehmen, der für die SPD im Bundestag sitzt, indem er es ist, der ausdrücklich auf erneuerbare Ressourcen drängt, vor einem „neuen Zeitalter der Barbarei“ warnt und die Behauptung des Bankers im Steuerparadies Singapur, dass die „Globalisierung für alle von Vorteil ist“, gründlich widerlegen darf. Doch das letzte Wort hat glücklicherweise Paul Feyerabend, welcher am Schluß die Moritat aus der Dreigroschenoper zum besten gibt: „Denn die einen sind im Dunklen/ Und die andern sind im Licht/ Und man siehet die Lichte/ Die im Dunkeln sieht man nicht“.

(bonz)

Mehr Infos unter:
www.letsmakemoney.at

Vote White! Checkmate!

In Three!



Lösung #30:

Für die grosse Jubiläumsausgabe des FA! hatten wir euch ein poppiges Matt in drei Zügen vorgesetzt. Gelöst haben es zwar sicher alle, aber wir dokumentieren hier trotzdem nochmal den Lösungsweg:

Weiss zieht den Läufer auf h5, womit das Matt durch die Dame auf e8 droht (im Falle der Springerabwehr auf f6 und durch König e7 auf d6). Bleibt Schwarz also nur Turm auf e1 oder a8, um die Gefahr kurzfristig abzuwenden. Ab hier erkannt dann sicher jede_r die schwarze Aussichtslosigkeit und die diversen unausweichlichen Matts.

Der Subjektive Faktor

Ein Stück Theater über Politik, ein politisches Stück Theater. Es handelt von den Unmöglichkeiten gemeinsamer Aktion vor dem Hintergrund der Macht des Alltages, von dem Scheitern der großen Ideale an der Banalität persönlicher Selbstreflexe, mitten im Niemandsland des deutschen Herbstes. Aus den Wunden der Vergangenheit, aus der brüchig gewordenen Erinnerung an 1968 eitert die Aktualität politischer Aktionen heute. Abstossend, fremd, fragwürdig. Die einstige Popikonen als aktuelle Lachnummern desBoulevards? Der Polizeistaat von damals heute unter Leitung von Therapeuten und Konfliktmanagern? Der politische Widerstand als Ausdruck des bloßen Eventhungers und der Identitätskrisen der Jugend? Das Subjekt als Störfaktor jedes durchkalkulierten Systems? Selbstkritisch seziert wird die Ohnmacht der politischen Aktion auf der Ebene der eigenen Organisation, unter dem Eindruck der Repression und als Spielball medialer Inszenierungs-Interessen. Im Zen trum eine Gruppe, deren Herkunft eben jener Mythos '68 imaginiert. Aber das Bild ist schief. Auf der Bühne stehen keine Superhelden der Geschichte, sondern fragile Charaktere, die von eigenen Motiven, gesellschaftlichen Zurichtungen und repressiven Zwängen getrieben, erinnern und vergessen, sich widersetzen oder unterordnen, manche gar zerbrechen. Ob zynisch oder melancholisch, das Traurige an diesem Scheitern ist gerade die Permanenz, mit der es passiert. Es bleibt ein typisch bürgerliches Trauerspiel, dass in einer aufgeklärten Gesellschaft ihre vernünftige Einrichtung als vollkommen unmöglich scheint.
Aus dem Leipziger Off meldet die Theatergruppe TAG die Kultur zum Appell zurück: Nicht um Antworten und Lösungen zu agitieren, sondern um aufzurütteln, Fragen zu inspirieren, Reflexionen zu provozieren und eine leer gewordene Stellung wieder zu beziehen. Denn jede Kultur ist so politisch wie eine Politik ohne Kultur schlichtweg überflüssig ist.

··· URAUFFÜHRUNG ···

Vorstellungen:

PREMIERE ..... 5/3€
21. NOV 2008 20 Uhr
(HALLE 5, Windscheidstr. 51)

LIBERTERZ 2008 ..... EINTRITT
29. NOV 2008 20 Uhr
(G16, Gießerstr. 16)

3. Vorstellung ..... SPENDE
06. DEZ 2008 19 Uhr
(SPINNWERK, Spinnereistr. 07)

4. Vorstellung ..... 4/2€
14. JAN 2009 20 Uhr
(UT CONNEWITZ, W.-Heinze-Str. 12a)

Feierabend!

Schleußig

Besser Leben, Hohlbeinstr. 2
Schlechtes Versteck, Könneritzstr. 32
Lebensart Naturkost, Könneritzstr. 49
Speisekammer, Holbeinstr. 19
Rückenwind, Schnorrstr. 23
Bistro Safran, Könneritzstr. 40

Südvorstadt

Späti Esperantos Katzer
Schenkendorf Str. 20
BISTRO SHAHIA,
Karl-Liebknecht-Str. 88
Stern des Südens,
Karl-Liebknecht-Str. 102
Onkel Toms Hütte,
Arthur-Hoffmann-Str. 120
Ingolfs Bierbar, Karl-Liebknecht-Str. 92

Connewitz

Café Similde, Simildenstr. 9
Buchhandlung El Libro, Bornaische Str. 3d
Frau Krause, Simildenstr. 8
Lazy Dog, Wolfgang-Heinze-Str. 20
Infoladen CI, Koburger Str. 3

Stötteritz

Hakan Bistro, Herrmannstr. 24
Mandragora, Papiermühlenstr. 22a

Plagwitz

Projekt G16, Gieszerstr. 16
Späti Esperantos Katzer, K.-Heine-Str. 74
Noch Besser Leben, Merseburger Str. 25

Lindenau

Café Westen, Demmeringstr. 32

Reudnitz

Presseshop Dipetos Store, Riebeckstr. 6
Infoladen Roter Faden/Atari, Kippenbergstr. 20

Zentrum

Bistro Al Safa, Leplaystr. 3
Klee Naturkost,
Friedrich-Ebert-Str. 33
Libertäres Zentrum Libelle,
Kolonnadenstr. 19

Archive:

Libertäres Zentrum, Fettstr. 23, 20357 HH; **DaDa Köln**, c/o TTE-Bücherei, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, 50670 Köln, koeln@dadaweb.de, www.free.de/dada/; **Alhambra-Archiv**, Hermannstr. 83, 26135 Oldenburg, archiv@alhambra.de; **Bibliothek der Freien**, Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 2. Hof, 10405 Berlin, zeitschriftenarchiv@bibliothekderfreien.de; **Biblioteca Franco Serantini**, Largo Cocetto Marachesi, 56124 Pisa, Italien

Kontakt:
Feierabend!
Gießerstr. 16
04229 Leipzig •
feierabendle@web.de •
Homepage im Umbau

Einsendeschluß für #32: 10.01.2009

Feierabend! gibt's auch im ABOnnement.

(3 Ausgaben für 5 Euro + auch ältere Ausgaben sind teilweise noch erhältlich)

ABO-Ticket

Feierabend!

3 Ausgaben kosten 5 Euro (inkl. Versand)

Unsere Postadresse ist:
Feierabend! + Gießerstraße 16 + 04229 Leipzig
Online erreichst Du uns unter:
feierabendle@web.de + Homepage derzeit offline

Bereits bezahlte Ausgabe einfach hier markieren:

#32	#33	#34	#35	#36	#37	#38	#39	#40

Dein Merkzettel (aufheben) →
← Unser Merkzettel (schicken)

ABO-Ticket

Ich möchte ein ABO
☐ neu anmelden
☐ Ich möchte mein ABO verlängern

#32	#33	#34	#35	#36
#37	#38	#39	#40	

(3 Ausgaben = 5 Euro)

Feierabend!